

2012**Ausgegeben zu Bonn am 8. Mai 2012****Nr. 14**

Tag	Inhalt	Seite
3. 5.2012	Gesetz zu dem Abkommen vom 13. Februar 2007 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Staates Kuwait über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich GESTA: XB002	402
3. 5.2012	Gesetz zu dem Abkommen vom 10. März 2009 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kroatien über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Organisierten und der schweren Kriminalität GESTA: XB003	408
3. 5.2012	Gesetz zu dem Abkommen vom 27. Mai 2009 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Saudi-Arabien über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich GESTA: XB004	415
3. 5.2012	Gesetz zu dem Abkommen vom 22. Februar 2009 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Staates Katar über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich GESTA: XB005	421
3. 5.2012	Gesetz zu dem Abkommen vom 14. April 2010 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kosovo über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich GESTA: XB006	427
3. 5.2012	Gesetz zu dem Abkommen vom 30. August 2010 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerkabinett der Ukraine über die Zusammenarbeit im Bereich der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, des Terrorismus und anderer Straftaten von erheblicher Bedeutung GESTA: XB007	435
5. 3.2012	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Sterling Medical Associates, Inc.“ (Nr. DOCPER-TC-07-15)	443
5. 3.2012	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Computer Sciences Corporation“ (Nr. DOCPER-AS-22-08)	445
23. 3.2012	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-schweizerischen Streitkräfteaufenthaltsabkommens	447
27. 3.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1978 über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten	448

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 13. Februar 2007
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Staates Kuwait
über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich**

Vom 3. Mai 2012

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 13. Februar 2007 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Staates Kuwait über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 11 Absatz 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 3. Mai 2012

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister des Innern
Hans-Peter Friedrich

Der Bundesminister des Auswärtigen
Guido Westerwelle

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Staates Kuwait
über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich

Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Government of the State of Kuwait
on Cooperation in the Field of Security

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung des Staates Kuwait,
im Folgenden „Vertragsparteien“ genannt –

getragen von dem gemeinsamen Willen, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Kuwait weiter zu festigen und den Wohlstand, die Stabilität und den Frieden in beiden Staaten zu entwickeln,

in dem Wunsch, sich gegenseitig zu unterstützen und die Zusammenarbeit in allen Bereichen ihrer jeweiligen Zuständigkeit zu verstärken,

in der Überzeugung der besonders großen Bedeutung der Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich und der gemeinsamen Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus und seiner Finanzierung –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand der Zusammenarbeit

(1) Die Vertragsparteien arbeiten nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts bei der Vorbeugung und der Bekämpfung von Straftaten von erheblicher Bedeutung insbesondere in den nachstehenden Bereichen zusammen:

1. Terrorismus und Terrorismusfinanzierung,
2. unerlaubter Verkehr mit Waffen, Munition, Sprengstoffen, nuklearen und radioaktiven sowie chemischen und biologischen Materialien,
3. unerlaubte Einschleusung von Ausländern, Menschenhandel und Zuhälterei,
4. unerlaubte Herstellung und unerlaubter Verkehr von Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen, im Weiteren „Rauschgift“ genannt, sowie von Vorläufersubstanzen hierzu,
5. Geldwäsche,
6. Herstellung, Besitz und Verbreitung von Falschgeld, Fälschung oder Verfälschung oder Verwendung von ge- oder verfälschten unbaren Zahlungsmitteln, Wertpapieren und Urkunden,
7. Wirtschafts- und Finanzkriminalität,
8. Straftaten gegen das geistige Eigentum,
9. Computerkriminalität,
10. Eigentumskriminalität,
11. Beeinträchtigung der Luft- und Reisesicherheit,
12. Kfz-Kriminalität

The Government of the Federal Republic of Germany
and
the Government of the State of Kuwait,
hereinafter referred to as the “Contracting Parties” –

motivated by the joint determination to further consolidate the friendly relations existing between the Federal Republic of Germany and the State of Kuwait and the develop prosperity, stability and peace in both countries,

desiring to support each other and to intensify cooperation in all areas of their respective competency,

mindful of the huge importance attached to cooperation in the field of security and the joint measures aimed at combating international terrorism and the financing thereof,

have agreed as follows:

Article 1

Object of cooperation

(1) The Contracting Parties shall cooperate in accordance with their internal laws in an endeavour to prevent and combat serious crime, particularly in the following areas:

1. Terrorism and terrorist financing,
2. Unlawful trafficking in arms, ammunition, explosives, nuclear and radioactive materials as well as chemical and biological materials,
3. Unlawful smuggling of foreigners, trafficking in persons and pimping,
4. Unlawful manufacturing and illegal trafficking in narcotics and psychotropic substances, hereinafter referred to as “drugs”, and of precursor substances,
5. Money laundering,
6. Production, possession and dissemination of counterfeit money, falsification or forgery or use of forged or falsified means of non-cash payment, securities and documents,
7. White-collar and financial crime,
8. Intellectual property crime,
9. Computer crime,
10. Property-related crime,
11. Impairment of air and travel safety and security,
12. Motor vehicle crime.

(2) Die Vertragsparteien arbeiten insbesondere in den Fällen zusammen, in denen kriminelle Handlungen oder Vorbereitungen zu solchen Handlungen im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien begangen werden und es Anzeichen dafür gibt, dass diese Handlungen auch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei betreffen oder deren Sicherheit bedrohen können.

(3) Durch dieses Abkommen werden die innerstaatlichen Bestimmungen über die Auslieferung und die sonstige Rechts Hilfe in Strafsachen sowie über die Amts- und Rechtshilfe in Fiskalsachen und sonstige in zweiseitigen oder mehrseitigen Verträgen enthaltenen Verpflichtungen der Vertragsparteien nicht berührt.

Artikel 2

Zuständige Stellen

(1) Zum Zweck der Durchführung dieses Abkommens erfolgt die Zusammenarbeit der Vertragsparteien zwischen den nachfolgend genannten Stellen in deren Zuständigkeitsbereich, wobei bei Bedarf die Koordination zwischen den zuständigen Stellen in beiden Ländern beim Innenministerium liegt:

auf Seiten der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

1. Bundesministerium des Innern,
2. Bundesministerium der Finanzen,
3. Bundesministerium für Gesundheit,
4. Bundeskriminalamt,
5. Bundespolizeidirektion,
6. Zollkriminalamt;

auf Seiten der Regierung des Staates Kuwait

1. Innenministerium

(2) Die Vertragsparteien zeigen einander auf diplomatischem Weg Änderungen der Zuständigkeiten oder Bezeichnungen der Behörden an, die dieses Abkommen durchführen.

Artikel 3

Formen der Zusammenarbeit

Zum Zweck der Durchführung dieses Abkommens werden die Vertragsparteien im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts:

1. alle beide Vertragsparteien interessierenden Informationen über in Artikel 1 dieses Abkommens bezeichnete begangene oder geplante Straftaten ebenso wie über kriminelle Organisationen, deren Strukturen und Verbindungen sowie die Mittel und die Methoden deren Tätigkeit austauschen, soweit dies für die Verhütung und Aufklärung von Straftaten von erheblicher Bedeutung erforderlich ist;
2. auf Ersuchen der anderen Vertragspartei, und soweit das Recht der ersuchten Vertragspartei es zulässt, abgestimmte operative Maßnahmen zur Verhütung und Aufklärung von Straftaten gemäß diesem Abkommen durchführen, wobei sie dazu die Anwesenheit von Vertretern der zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei als Beobachter bei der Durchführung solcher operativer Maßnahmen gestatten können; eine Mitwirkung der Vertreter an operativen Maßnahmen ist nicht zulässig;
3. Erfahrungen hinsichtlich der Bekämpfung der illegalen Herstellung und des illegalen Verkehrs von Rauschgift und Vorläufersubstanzen austauschen;
4. bei Bedarf Verbindungsbeamte entsenden;
5. einander auf Ersuchen einer der Vertragsparteien Muster von Gegenständen und Stoffen, die aus Straftaten erlangt oder für diese verwendet wurden oder werden können, zur Verfügung stellen;

(2) The Contracting Parties shall cooperate particularly in cases involving the committing of criminal activities or preparations for criminal activity on the sovereign territory of one of the Contracting Parties and if there is evidence to suggest that these activities have the capacity to adversely affect the sovereign territory of the other Contracting Party or to pose a threat to its security.

(3) This Agreement shall not affect the internal regulations governing extradition, any other judicial assistance in criminal matters, administrative and judicial assistance in fiscal matters or any of the Contracting Parties' obligations arising from bilateral or multilateral agreements.

Article 2

Competent agencies

(1) For the purpose of implementing this Agreement, cooperation between the Contracting Parties shall take place between the agencies referred to hereinafter in their area of responsibility with the Ministries of the Interior being responsible for any coordination that is required between the competent agencies:

for the Government of the Federal Republic of Germany

1. the Federal Ministry of the Interior,
2. the Federal Ministry of Finance,
3. the Federal Ministry of Health,
4. the Federal Criminal Police Office,
5. the Federal Police Central Bureau,
6. the Customs Criminological Office;

for the Government of the State of Kuwait

1. the Ministry of the Interior

(2) The Contracting Parties shall notify each other through diplomatic channels of any changes in competencies or designation of the public authorities responsible for implementing this Agreement.

Article 3

Types of cooperation

For the purposes of implementing this Agreement, the Contracting Parties shall, within the framework of their internal laws:

1. exchange information on any criminal offences set forth in Article 1 of this Agreement which have either been committed or planned and which may be of interest to the other Contracting Party, as well as information about criminal organizations, their structures and links and on the means and methods of their activities, insofar as this is necessary for the prevention and solving of serious crime;
2. at the request of the other Contracting Party and insofar as the laws of the Contracting Party with whom the request was filed permit it, implement coordinated operational measures to prevent and solve crime in accordance with this Agreement, whereby permission may be granted to representatives of the other Contracting Party's competent public authorities to observe the implementation of any such operational measures; it shall not be permissible for these representatives to actually take part in operational measures;
3. exchange information on the prevention of the illegal manufacturing of and illegal trafficking in drugs and precursor substances;
4. deploy liaison officers as necessary;
5. provide the other Contracting Party, upon request, with a sample of objects and substances obtained from criminal activities that have been or have the potential for being used for criminal activity;

6. Forschungsergebnisse insbesondere in den Bereichen der Kriminalistik und der Kriminaltechnik austauschen.

6. exchange research results particularly in the areas of criminalistics and forensics.

Artikel 4

Umsetzung der Zusammenarbeit

(1) Die Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens erfolgt in deutscher oder arabischer Sprache mit englischer Übersetzung.

(2) Ersuchen um Auskunft oder Durchführung von Maßnahmen nach diesem Abkommen werden von den in Artikel 2 genannten zuständigen Stellen schriftlich direkt übermittelt. In dringenden Fällen kann das Ersuchen auch mündlich übermittelt werden; es muss aber unverzüglich, spätestens innerhalb von zehn Tagen, schriftlich bestätigt werden.

(3) Die ersuchende Partei trägt die mit der Erledigung eines Ersuchens verbundenen Kosten einschließlich der Reisekosten für die von ihr entsandten Vertreter.

Artikel 5

Nichterfüllung eines Ersuchens

(1) Jede Vertragspartei kann die Erfüllung eines Ersuchens nach diesem Abkommen ganz oder teilweise verweigern oder sie von Bedingungen abhängig machen, wenn die Erfüllung dieses Ersuchens ihre Souveränität, ihre Sicherheit, ihre öffentliche Ordnung oder andere wesentliche Interessen ihrerseits beeinträchtigen kann oder wenn es ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften widerspricht.

(2) Das Ersuchen kann auch abgelehnt werden, wenn es im Zusammenhang mit einer Handlung erging, die nach dem Recht der ersuchten Vertragspartei keine strafbare Handlung ist.

(3) Die ersuchende Vertragspartei wird in allen Fällen über die Ablehnung, dem Ersuchen um Unterstützung nachzukommen, schriftlich unterrichtet. In der Regel werden die Gründe für die Verweigerung angegeben.

Artikel 6

Vertraulichkeit und Grenzen der Verwendung

Beide Vertragsparteien stellen auf Bitte der übermittelnden Seite eine vertrauliche Behandlung der Anfragen, Informationen und Dokumente sicher, die nach Maßgabe dieses Abkommens eingehen.

Artikel 7

Evaluierung des Abkommens und Einrichtung von Arbeitsgruppen

(1) Die Vertragsparteien werden zur Bewertung der Durchführung dieses Abkommens und der Zweckmäßigkeit seiner Ergänzung oder Änderung bei Bedarf Konsultationen durchführen.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können Arbeitsgruppen einrichten, Expertentreffen durchführen und bei Bedarf Protokolle zur Durchführung dieses Abkommens vereinbaren.

Artikel 8

Aus- und Fortbildungsmaßnahmen

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gewährt der Regierung des Staates Kuwait Unterstützung bei der Ausbildung ihrer Polizei. Die Unterstützung erfolgt auf Wunsch in Form von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sowie im Wege des Erfahrungsaustausches.

Article 4

Implementation of cooperation

(1) Cooperation under this Agreement shall be conducted in German or Arabic, with English translation.

(2) Requests for information or implementation of measures under this Agreement shall be transmitted in writing directly via the competent agencies referred to in Article 2. In urgent cases, requests may also be made verbally; however, verbal requests must be confirmed in writing without delay and within a maximum period of ten days.

(3) The Contracting Party filing the request shall bear any costs incurred in connection with compliance with the request, including travel expenses of its representatives.

Article 5

Failure to comply with a request

(1) Each Contracting Party shall have the right to refuse in full or in part to comply with a request filed under this Agreement or to make it contingent on conditions if compliance with the request could affect its sovereignty, security, its law and order or other important interests or if it is inconsistent with internal legal provisions.

(2) A Contracting Party shall also have the right to refuse to comply with a request if it is associated with an action which does not constitute a punishable offence under the laws of the Contracting Party with whom the request has been filed.

(3) The Contracting Party filing the request shall be notified in writing of refusal to comply with the request for assistance in all cases. As a rule, the reasons for refusal shall be stated.

Article 6

Confidentiality and limitations of use

The two Contracting Parties shall treat all queries, information and documents they receive within the framework of this Agreement with utmost confidentiality at the request of the Contracting Party providing the information or documents.

Article 7

Evaluation of the Agreement and establishment of working groups

(1) The Contracting Parties shall enter into consultations, if necessary, in order to evaluate the implementation of this Agreement and the expediency of any supplements or amendments.

(2) The competent authorities of the Contracting Parties shall have the right to set up working groups, to organize meetings between experts and, if necessary, to agree on Protocols on the implementation of this Agreement.

Article 8

Basic and advanced training

The Government of the Federal Republic of Germany shall offer the Government of the State of Kuwait support in training its police force. The support shall be provided, upon request, in the form of basic and advanced training measures and through exchanges of experience.

Artikel 9**Personenbezogene Daten**

Die Übermittlung und die Verwendung personenbezogener Daten, nachfolgend „Daten“ genannt, durch die Stellen der Vertragsparteien, die in Artikel 2 genannt sind, richten sich nach dem innerstaatlichen Recht jeder Vertragspartei unter Beachtung der nachfolgenden Bestimmungen:

1. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, darauf zu achten, dass die zu übermittelnden Daten richtig und für den verfolgten Zweck erforderlich und angemessen sind. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen und eine Berichtigung der unrichtigen Daten vorzunehmen.

Erweist sich, dass Daten, die nicht hätten übermittelt werden dürfen, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Diese ist verpflichtet, die Löschung unverzüglich vorzunehmen.

2. Die empfangende Stelle einer Vertragspartei unterrichtet die übermittelnde Stelle der anderen Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
3. Die Verwendung der Daten durch die empfangende Stelle ist nur zu den in diesem Abkommen bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zur Verhütung und Verfolgung von schwerwiegenden Straftaten sowie zum Zweck der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit zulässig.
4. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung von Daten auf die nach ihrem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Fristen für die Aufbewahrung dieser Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssen. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
5. Die übermittelnde und die empfangende Stelle stellen sicher, dass die Übermittlung und der Empfang der Daten aktenkundig gemacht werden.
6. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
7. Einer Person ist auf Antrag über die zu ihr vorhandenen Daten sowie über deren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Ihr Recht auf Auskunftserteilung richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird. Die Erteilung einer solchen Auskunft kann verweigert werden, wenn das Interesse des Staates, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Antragstellers überwiegt.
8. Wird jemand im Zusammenhang mit Datenübermittlungen aufgrund dieses Abkommens rechtswidrig geschädigt, ist die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts zum Ersatz des verursachten Schadens verpflichtet.

Artikel 10**Schutz von Reisedokumenten**

Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Fälschungssicherheit ihrer Reisedokumente auf höchstem Niveau zu gewährleisten.

Article 9**Personal data**

The communication and use of personal data, hereinafter referred to as “data” by the agencies of the Contracting Parties referred to in Article 2, shall be based on the internal laws of each Contracting Party in compliance with the following provisions:

1. The communicating agency shall ensure that the data to be communicated are accurate, relevant and in relativity to the intent. In so doing, they shall respect the communication bans applicable under the relevant national law. The data shall not be communicated if the communicating agency has any grounds to assume that doing so could violate internal laws or harm the interests of the parties concerned which are worthy of protection. If it becomes evident that incorrect data has been communicated, the receiving agency shall be notified forthwith and the incorrect data shall be corrected.

If it becomes evident that data has been communicated which should not have been communicated, the receiving agency shall be notified forthwith. The receiving agency must delete the incorrect data immediately.

2. The receiving agency of one Contracting Party shall, upon request, notify the communicating agency of the other Contracting Party as to how the data are to be used and of any results achieved.
3. The receiving agency shall use the data only for the purposes set forth in this Agreement and on the terms specified by the communicating agency. Furthermore, it shall be permissible to use any such data for the prevention and prosecution of serious criminal offences and for the purpose of averting serious danger to public security.
4. When communicating data, the communicating agency shall indicate any time limits for the retention of these data in accordance with its internal law, after which time the data must be deleted. Irrespective of these time limits, the data communicated shall be deleted as soon as they are no longer required for the purposes for which were communicated.
5. The communicating agency and the receiving agency shall ensure that a record of the communication and receipt of personal data is kept on file.
6. The communicating agency and the receiving agency shall ensure that the data communicated are effectively protected against unauthorized access, unauthorized alteration and unauthorized disclosure.
7. A person shall be provided with information, upon request, about the data stored on file relating to him/her and on the intended use of that data. His/her right to information shall be based on the internal laws of the Contracting Party on whose territory the request for information has been filed. Such information may be refused if the interests of the party requesting the information are outweighed by the interests of the state in refusing to provide the information.
8. If the rights of any person are infringed upon in connection with data communicated under this Agreement, the agency receiving the data shall be obliged to pay compensation for damages caused within the scope of its internal laws.

Article 10**Protection of travel documents**

The Contracting Parties undertake to guarantee the highest level of protection of travel documents against forgery. In so

ten. Hierbei werden sie die von der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) für maschinenlesbare Reisedokumente empfohlenen Mindestsicherheitsstandards berücksichtigen. Außerdem werden sie die notwendigen technischen Entwicklungsarbeiten vorantreiben, um biometrische Merkmale in ihre jeweiligen Reisedokumente aufzunehmen. Die entsprechenden Standardisierungsbemühungen in der ICAO werden durch die Vertragsparteien unterstützt und einschlägige Empfehlungen der ICAO ebenfalls berücksichtigt. Die Vertragsparteien werden sich über die für ihre jeweiligen Reisedokumente getroffenen Maßnahmen unterrichten.

Artikel 11

Inkrafttreten und Geltungsdauer

(1) Dieses Abkommen tritt dreißig Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander auf diplomatischem Weg schriftlich mitgeteilt haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Das Abkommen kann von jeder Vertragspartei auf diplomatischem Wege schriftlich gekündigt werden. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Tag wirksam, an dem sie der anderen Vertragspartei zugegangen ist.

Geschehen zu Berlin am 13. Februar 2007, dies entspricht dem 25. 1. 1428 nach islamischer Zeitrechnung, in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

doing, they shall take into account the minimum security standards for machine-readable travel documents which have been recommended by the International Civil Aviation Authority (ICAO). They shall also advance the necessary technical developments in order to incorporate biometric features into their respective travel documents. The Contracting Parties shall support ICAO's standardization efforts and take into account the relevant ICAO recommendations. The Contracting Parties shall inform one another about the measures taken with regard to their own relevant travel documents.

Article 11

Entry into force and duration

(1) This Agreement shall enter into force thirty days after the date on which the Contracting Parties have notified each other in writing through diplomatic channels that the internal requirements for the entry into force have been fulfilled. The relevant date shall be the day on which the last notification was received.

(2) This Agreement shall be concluded for an unlimited period of time. The Agreement may be terminated by either Contracting Party in writing through diplomatic channels. The termination shall take effect six months after the date on which the Contracting Party received it.

Done at Berlin on 13 February 2007 or A.H. in the Islamic calendar, in duplicate in the German, Arabic and English languages, all three texts being authentic. In case of divergent interpretations of the German and Arabic texts, the English text shall prevail.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany

Boomgaarden
Schäuble

Für die Regierung des Staates Kuwait
For the Government of the State of Kuwait
Jaber Al-Mubarak Al-Hamad Al-Sabah

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 10. März 2009
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Kroatien
über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung
der Organisierten und der schweren Kriminalität**

Vom 3. Mai 2012

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 10. März 2009 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kroatien über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Organisierten und der schweren Kriminalität wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 13 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 3. Mai 2012

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister des Innern
Hans-Peter Friedrich

Der Bundesminister des Auswärtigen
Guido Westerwelle

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Kroatien
über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung
der Organisierten und der schweren Kriminalität

Ugovor
između Vlade Savezne Republike Njemačke
i Vlade Republike Hrvatske
o suradnji na suzbijanju organiziranog i teškog kriminala

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Kroatien,
nachfolgend Vertragsparteien genannt –

bestrebt, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kroatien weiter zu festigen und zu entwickeln,

in der Überzeugung, dass die Zusammenarbeit für die wirksame Verhinderung und Bekämpfung von Straftaten, insbesondere der Organisierten Kriminalität, des Terrorismus, der Suchtmittel- und Vorläufersubstanzenkriminalität, des illegalen Waffenhandels sowie der illegalen Einschleusung von Personen von wesentlicher Bedeutung ist,

geleitet von dem Bestreben, die Bürger ihrer Staaten und andere Personen in ihrem Hoheitsgebiet wirksam vor kriminellen Handlungen zu schützen,

in Anerkennung der großen Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Organisierten und der schweren Kriminalität und in dem Wunsch, einander möglichst umfassend Unterstützung zu gewähren und die Wirksamkeit der Zusammenarbeit in diesem Bereich zu steigern,

eingedenk der Ziele und Prinzipien der völkerrechtlichen Übereinkünfte, die die beiden Staaten ratifiziert haben, sowie der Resolutionen der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung,

in dem Bestreben, einen Beitrag zur Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen zu leisten –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien arbeiten nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts und vorbehaltlich der Bestimmung des Artikels 5 bei der Verhütung und Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, des Terrorismus und anderer Straftaten im Sinne des Artikels 3 zusammen. Zu diesem Zweck werden die Vertragsparteien

1. Fachleute zur gegenseitigen Information über Arten und Methoden der Kriminalitätsverhütung und -bekämpfung und für besondere Formen der Kriminalitätsbekämpfung und der Kriminaltechnik austauschen;

Vlada Savezne Republike Njemačke
i
Vlada Republike Hrvatske,
u daljnjem tekstu: ugovorne stranke

u nastojanju da nastave učvrstivanje i razvijanje prijateljskih odnosa između Savezne Republike Njemačke i Republike Hrvatske,

uvjerene da je suradnja od bitnog značenja za djelotvorno sprečavanje i suzbijanje kaznenih djela, posebice organiziranog kriminala, terorizma, kriminala u vezi s opojnim sredstvima i prekursorima, nezakonite trgovine oružjem te krijumčarenja ljudi preko državne granice,

vođene namjerom da građane svojih država te druge osobe na svom državnom području djelotvorno zaštite od kriminalnih radnji,

svjesne velikog značenja međunarodne suradnje u suzbijanju organiziranog i teškog kriminaliteta te u želji da si međusobno pruže što veću pomoć i pospeše djelotvornost suradnje na tom području,

s obzirom na ciljeve i načela međunarodnih ugovora koje su ratificirale obje države te s obzirom na rezolucije Ujedinjenih naroda i njihovih specijaliziranih ustanova na području suzbijanja kriminala,

u nakani da doprinesu razvoju obostranih odnosa,

sporazumjele su se kako slijedi:

Članak 1.

U prevenciji i suzbijanju organiziranog kriminala, terorizma i drugih kaznenih djela iz članka 3. ovog Ugovora ugovorne će stranke surađivati u skladu sa svojim domaćim pravom te odredbama članka 5. ovog Ugovora. U tu svrhu ugovorne će stranke:

1. razmjenjivati stručnjake radi međusobnog informiranja o vrstama i metodama prevencije i suzbijanja kriminala te stručnjake za posebne oblike suzbijanja kriminaliteta i za kriminalističke tehnike;

2. Informationen und Personalien von Tatbeteiligten an Straftaten, insbesondere auch von Hinterleuten und Drahtziehern, Strukturen der Tätergruppen und kriminellen Organisationen und die Verbindungen zwischen ihnen, typisches Täter- und Gruppenverhalten, den Sachverhalt, insbesondere die Tatzeit, den Tatort, die Begehungsweise, die Tatmittel, Besonderheiten sowie die verletzten Strafnormen und getroffenen Maßnahmen nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts und vorbehaltlich des Artikels 5 einander mitteilen, soweit dies für die Bekämpfung von Straftaten oder zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist;
3. auf Ersuchen die nach dem Recht der jeweils ersuchten Vertragspartei zulässigen Maßnahmen durchführen, wobei sie im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts und vorbehaltlich des Artikels 5 die Anwesenheit von Vertretern der zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei bei der Durchführung operativer Maßnahmen gestatten können;
4. bei operativen Ermittlungen durch aufeinander abgestimmte polizeiliche Maßnahmen zusammenarbeiten und dabei nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts und vorbehaltlich des Artikels 5 personell, materiell und organisatorisch Unterstützung leisten;
5. Erfahrungen und Informationen insbesondere über gebräuchliche Methoden der internationalen Kriminalität sowie besondere, neue Formen der Strafbegehung austauschen;
6. kriminalistische und kriminologische Forschungsergebnisse austauschen;
7. im Bereich der kriminalistischen Begutachtung zusammenarbeiten;
8. einander Muster von Gegenständen, die aus Straftaten erlangt oder für diese verwendet worden sind oder mit welchen Missbrauch getrieben wird, zur Verfügung stellen;
9. nach Möglichkeit Fachleute zur Fortbildung und zum Erfahrungsaustausch entsenden;
10. im Bereich der Fachaus- und Fortbildung zusammenarbeiten;
11. nach Bedarf und im Rahmen konkreter Ermittlungsverfahren nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts und vorbehaltlich des Artikels 5 zur Vorbereitung und Durchführung gemeinsamer Maßnahmen Arbeitstreffen abhalten.
2. u. skladu s domaćim pravom i odredbom članka 5. ovog Ugovora priopćavati jedna drugoj informacije i osobne podatke sudionika u kaznenim djelima, a posebno o kriminalnim osobama koje djeluju i donose odluke iz pozadine, o strukturama skupina počinitelja i kriminalnih organizacija, o njihovim međusobnim vezama, o tipičnom ponašanju počinitelja i skupina, o činjeničnom stanju, posebice o vremenu, mjestu i načinu počinjenja kaznenog djela, o sredstvima počinjenja kaznenog djela, o posebnostima te o prekršenim kaznenim odredbama i poduzetim mjerama, ako je to potrebno za suzbijanje kaznenih djela ili otklanjanje opasnosti u pojedinačnim slučajevima koji bitno ugrožavaju javni red i mir;
3. na zahtjev provesti mjere u skladu s pravnim propisima ugovorne stranke kojoj je zahtjev upućen, pri čemu u okviru svog domaćeg prava i u skladu s odredbom članka 5. ovog Ugovora mogu dopustiti prisutnost predstavnika nadležnog tijela druge ugovorne stranke prilikom provođenja operativnih mjera;
4. usklađivanjem policijskih mjera surađivati prilikom provedbe izvida kaznenih djela i pritom u skladu s odredbama svog domaćeg prava te odredbom članka 5. ovog Ugovora međusobno si pružati kadrovsku, materijalnu i organizacijsku pomoć;
5. razmjenjivati iskustva i informacije posebice o uvriježenim metodama međunarodnog kriminaliteta, a nadasve o posebnim, novim oblicima počinjenja kaznenih djela;
6. izmjenjivati rezultate kriminalističkih i kriminoloških istraživanja;
7. surađivati na području kriminalističkog vještačenja;
8. međusobno si staviti na raspolaganje uzorke predmeta stečenih počinjenjem kaznenih djela ili upotrijebljenih za počinjenje kaznenih djela ili predmeta koji se zlorabe;
9. prema mogućnostima slati stručnjake radi stručnog usavršavanja i razmjene iskustava;
10. surađivati na području stručnog obrazovanja i usavršavanja;
11. prema potrebi i u okviru konkretnih izvida kaznenih djela u skladu sa svojim domaćim pravnim propisima i odredbom članka 5. ovog Ugovora održavati radne sastanke radi pripreme i provedbe zajedničkih mjera.

Artikel 2

(1) Die Übermittlung von Informationen erfolgt nach diesem Abkommen sowie nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts durch die nach Artikel 6 zuständigen Behörden der einen Vertragspartei auf schriftliches Ersuchen der zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei. In dringenden Fällen kann das Ersuchen auch mündlich übermittelt werden, es muss aber unverzüglich schriftlich bestätigt werden.

(2) Das Ersuchen nach Absatz 1 erfolgt in kroatischer oder deutscher Sprache oder in einer anderen, von den Vertragsparteien vereinbarten Sprache und enthält

1. Angaben zum Zweck des Ersuchens,
2. die zur Erfüllung des Ersuchens erforderlichen Informationen,
3. die Angabe, welche Informationen übermittelt werden sollen, und
4. die Fristen für die Erfüllung des Ersuchens, wenn das notwendig ist.

(3) Die zuständigen Behörden jeder Vertragspartei teilen nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei auch ohne Ersuchen Informationen mit, wenn diese für die andere Vertragspartei bei der Bekämpfung und Aufklärung von Straftaten der Organisierten und der schweren Kriminalität von Bedeutung sind.

Članak 2.

(1) Sukladno ovom Ugovoru i svom domaćem pravu tijela jedne ugovorne stranke koja su prema članku 6. ovog Ugovora za to nadležna na pisani zahtjev dostavljaju informacije nadležnim tijelima druge ugovorne stranke. U hitnim se slučajevima zahtjev može podnijeti i usmeno, ali se to bez odgode mora potvrditi i pisanim putem.

(2) Zahtjev u skladu sa stavkom 1. ovog članka podnosi se na hrvatskom, njemačkom ili nekom drugom jeziku koji su obje ugovorne stranke sporazumno odabrale te sadrži:

1. podatke o svrsi zahtjeva,
2. informacije potrebne za ispunjavanje zahtjeva,
3. objašnjenje o tomu koji se podaci trebaju dostaviti i
4. rokove za ispunjavanje zahtjeva, kad je to potrebno.

(3) Nadležna će tijela jedne ugovorne stranke nadležnim tijelima druge ugovorne stranke u skladu sa svojim domaćim pravom priopćiti informacije i bez prethodnog zahtjeva, kad su te informacije za drugu ugovornu stranku od značenja za suzbijanje i otkrivanje kaznenih djela organiziranog i teškog kriminala.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien arbeiten nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts durch ihre zuständigen Behörden bei der Bekämpfung und Aufklärung von Straftaten der Organisierten und der schweren Kriminalität zusammen.

(2) Die Zusammenarbeit umfasst insbesondere folgende Bereiche:

1. Straftaten gegen das Leben, den Körper und die Gesundheit sowie die persönliche Freiheit;
2. Terrorismus und Terrorismusfinanzierung;
3. unerlaubten Anbau, unerlaubte Herstellung, Gewinnung, Verarbeitung, Lagerung, Ein-, Aus- und Durchfuhr sowie Handel mit Betäubungsmitteln, psychotropen Stoffen und Vorläufersubstanzen;
4. Zuhälterei und Menschenhandel;
5. Einschleusung von Personen und illegale Migration;
6. unerlaubte Herstellung, unerlaubten Handel mit und Schmuggel von Waffen, Munition und Sprengstoff sowie radioaktivem Material;
7. unerlaubten Handel mit Waren und Technologien mit einem möglichen doppelten Verwendungszweck;
8. unerlaubten Handel mit Kulturgut;
9. Erpressung;
10. Herstellung und Verbreitung von Falschgeld, Fälschung von unbaren Zahlungsmitteln oder Wertpapieren sowie Verwendung gefälschter unbarer Zahlungsmittel oder Wertpapiere;
11. Herstellung falscher und Verfälschung öffentlicher Dokumente und Urkunden;
12. Fälschung von Reisedokumenten;
13. Eigentumskriminalität;
14. internationale Verschiebung von Kraftfahrzeugen;
15. Betrug;
16. Steuer- und Zollhinterziehung;
17. Subventionsbetrug;
18. Korruption;
19. Falschspiel und unerlaubtes Glücksspiel;
20. Geldwäsche;
21. Straftaten gegen die Umwelt;
22. Computerkriminalität;
23. Straftaten gegen das geistige Eigentum.

Artikel 4

Die Vertragsparteien werden zum Zwecke der Bekämpfung von unerlaubtem Anbau, unerlaubter Herstellung, Gewinnung, Verarbeitung, Lagerung, Ein-, Aus- und Durchfuhr sowie Handel mit Betäubungsmitteln, psychotropen Stoffen und Vorläufersubstanzen auf der Grundlage ihres innerstaatlichen Rechts und vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 5 insbesondere

1. Personalien und andere verfahrensbezogene Erkenntnisse über die an der Rauschgiftherstellung und dem Rauschgift-handel beteiligten Personen, Verstecke und Transportmittel, Arbeitsweisen, Herkunfts- und Bestimmungsorte der Suchstoffe sowie besondere Einzelheiten eines Falles mitteilen, soweit dies für die Bekämpfung von Straftaten oder zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist;

Članak 3.

(1) U suzbijanju i otkrivanju kaznenih djela organiziranog i teškog kriminala ugovorne će stranke međusobno surađivati preko svojih nadležnih tijela i u skladu sa svojim domaćim pravom.

(2) Ta suradnja posebice obuhvaća sljedeća područja:

1. kaznena djela protiv života i tijela te zdravlja i slobode ljudi;
2. terorizam i financiranje terorizma;
3. nedopuštenu sadnju, proizvodnju, dobivanje, preradu, skladištenje, uvoz, izvoz ili prijevoz opojnih sredstava te trgovinu opojnim sredstvima, psihotropnim tvarima i prekursorima;
4. svodništvo i trgovanje ljudima;
5. krijumčarenje osoba preko državne granice te nezakonite migracije;
6. nedopuštenu proizvodnju, nedopuštenu trgovinu i krijumčarenje oružjem, streljiva i eksplozivnih tvari te radioaktivnog materijala;
7. nedopuštenu trgovinu robama i tehnologijama s mogućom dvojnomo namjenom;
8. nedopuštenu trgovinu kulturnim dobrima;
9. ucjenu;
10. proizvodnju i distribuciju krivotvorenog novca, krivotvorenje negotovinskih platežnih sredstava ili vrijednosnih papira te upotrebu krivotvorenih negotovinskih platežnih sredstava ili vrijednosnih papira;
11. potpuno krivotvorenje ili prepravljanje javnih dokumenata i isprava;
12. krivotvorenje putnih isprava;
13. imovinski kriminalitet;
14. međunarodno krijumčarenje vozila;
15. prijevaru;
16. utaju poreza i carinskih pristojbi;
17. prijevaru sa subvencijama;
18. korupciju;
19. varanje u igri i nedozvoljeno igranje igara na sreću;
20. pranje novca;
21. kaznena djela protiv okoliša;
22. kompjuterski kriminalitet;
23. kaznena djela protiv intelektualnog vlasništva.

Članak 4.

U cilju suzbijanja nedopuštene sadnje, nedopuštene proizvodnje, dobivanja, prerade, skladištenja, uvoza, izvoza, prijevoza te trgovine opojnim sredstvima, psihotropnim tvarima i prekursorima ugovorne će stranke u skladu sa svojim domaćim pravom te sukladno odredbi članka 5. ovog Ugovora posebice:

1. jedna drugoj priopćavati osobne podatke i druge podatke o metodama rada osoba koje sudjeluju u proizvodnji opojnih droga i trgovini njima, podatke o skrovištima, prijevoznim sredstvima, načinima rada, mjestima s kojih opojne tvari potječu, mjestima na koja se opojne tvari šalju te posebne pojedinosti o nekom slučaju, ako je to potrebno za suzbijanje kaznenih djela ili za otklanjanje opasnosti u pojedinačnim slučajevima koji bitno ugrožavaju javni red i mir;

2. auf Ersuchen entsprechende Maßnahmen, einschließlich der Anwendung der Methode der kontrollierten Lieferung und anderer besonderer Ermittlungsmaßnahmen, durchführen und der anderen Vertragspartei die gewonnenen sachdienlichen Erkenntnisse mitteilen;
3. Informationen über gebräuchliche Methoden des illegalen grenzüberschreitenden Verkehrs von Rauschgift mitteilen;
4. kriminalistische und kriminologische Forschungsergebnisse zu Rauschgifthandel und -missbrauch austauschen;
5. einander Informationen über neue Suchtstoffe und andere gefährliche Stoffe sowohl pflanzlicher wie auch synthetischer Herkunft, mit welchen Missbrauch getrieben wird, zur Verfügung stellen;
6. Erfahrungen über die Überwachung des legalen Verkehrs von Betäubungsmitteln, psychotropen Stoffen und Vorläufersubstanzen, die zu ihrer illegalen Herstellung benötigt werden, im Hinblick auf mögliche unerlaubte Abzweigungen austauschen;
7. gemeinsam Maßnahmen durchführen, die zur Verhinderung unerlaubter Abzweigungen aus dem legalen Verkehr erforderlich sind und über die Verpflichtungen der Vertragsparteien aufgrund der geltenden Suchtstoffübereinkommen hinausgehen;
8. gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung der unerlaubten Herstellung synthetischer Drogen durchführen;
9. im Bereich des Zeugenschutzes zusammenarbeiten.
2. na zahtjev provesti odgovarajuće mjere, uključujući i upotrebu metoda kontrolirane isporuke i drugih posebnih izvidnih mjera te drugoj strani priopćiti dobivena svrsishodna saznanja;
3. priopćiti si informacije o uobičajenim metodama prekograničnog nedopuštenog prometa opojnim drogama;
4. razmjenjivati rezultate kriminalističkih i kriminoloških istraživanja o trgovini opojnim drogama i njihovoj zlouporabi;
5. međusobno si dostavljati informacije o novim opojnim tvarima i drugim opasnim tvarima koje se zlorabe, a biljno su ili sintetskog podrijetla;
6. razmjenjivati podatke o nadzoru dopuštenog prometa opojnim sredstvima, psihotropnim tvarima i prekursorima, koji su potrebni za nedopuštenu proizvodnju opojnih tvari i to u vezi s njihovom mogućom djelomičnom upotrebom u nedopuštene svrhe;
7. provesti zajedničke mjere koje sprečavaju da se te tvari djelomično rabe izvan dopuštenog prometa, pri čemu te mjere nadilaze obveze ugovornih stranaka određene sporazumima o opojnim tvarima;
8. provesti zajedničke mjere u cilju suzbijanja nedopuštene proizvodnje sintetskih droga;
9. surađivati na području zaštite svjedoka.

Artikel 5

Durch dieses Abkommen werden die innerstaatlichen Bestimmungen über die Rechtshilfe in Strafsachen und die Auslieferung sowie über die Amts- und Rechtshilfe in Fiskalsachen und sonstige in zweiseitigen oder mehrseitigen Verträgen enthaltene Rechte oder Verpflichtungen der Vertragsparteien nicht berührt.

Artikel 6

(1) Zum Zwecke der Umsetzung dieses Abkommens erfolgt die Zusammenarbeit der Vertragsparteien unmittelbar zwischen den nachfolgend genannten zuständigen Behörden und von diesen jeweils benannten Experten.

1. Zuständige Behörden sind auf Seiten der Regierung der Republik Kroatien
 - a) Innenministerium,
 - b) Justizministerium,
 - c) Finanzministerium,
 - d) Ministerium für die Gesundheit und soziale Fürsorge
2. und auf Seiten der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
 - a) Bundesministerium des Innern,
 - b) Bundesministerium der Justiz,
 - c) Bundesministerium der Finanzen,
 - d) Bundeskriminalamt,
 - e) Bundespolizeipräsidium,
 - f) Zollkriminalamt.

(2) Die Vertragsparteien zeigen einander auf diplomatischem Weg Änderungen der Zuständigkeiten oder Bezeichnungen der Behörden an, die dieses Abkommen durchführen.

Artikel 7

Die Vertragsparteien können Einzelheiten und Verfahren der in den Artikeln 1 bis 4 vereinbarten Zusammenarbeit in einem gesonderten Durchführungsprotokoll festlegen.

Članak 5.

Ovim Ugovorom ne mijenjaju se odredbe domaćeg prava o pružanju pravne pomoći u kaznenim stvarima, odredbe o izručenju, odredbe o pružanju administrativne i pravne pomoći u poreznim stvarima, a ni druga prava ni obveze koje proizlaze iz dvostranih ili mnogostranih ugovora.

Članak 6.

(1) Radi provedbe ovog Ugovora suradnja između ugovornih stranaka odvijat će se izravno putem dolje navedenih nadležnih tijela i stručnjaka koje će ta tijela imenovati.

1. Nadležna su tijela na strani Vlade Republike Hrvatske:
 - a) Ministarstvo unutarnjih poslova,
 - b) Ministarstvo pravosuđa,
 - c) Ministarstvo financija,
 - d) Ministarstvo zdravstva i socijalne skrbi,
2. a na strani Vlade Savezne Republike Njemačke:
 - a) Savezno ministarstvo unutarnjih poslova,
 - b) Savezno ministarstvo pravosuđa,
 - c) Savezno ministarstvo financija,
 - d) Savezni ured kriminalističke policije,
 - e) Uprava savezne policije,
 - f) Carinsko-kriminalistički ured.

(2) Ugovorne stranke će se diplomatskim putem izvijestiti o promjenama u nadležnosti i nazivima tijela koja provode ovaj Ugovor.

Članak 7.

Ugovorne stranke će u posebnom Protokolu za provedbu ovog Ugovora utvrditi pojedinosti i postupke suradnje dogovorene u člancima 1. do 4. ovog Ugovora.

Artikel 8

Unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts jeder Vertragspartei erfolgen Übermittlung und Verwendung von personenbezogenen Daten, im Weiteren Daten genannt, im Rahmen dieses Abkommens durch die in Artikel 6 genannten Stellen der Vertragsparteien nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die empfangende Stelle einer Vertragspartei unterrichtet die übermittelnde Stelle der anderen Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu den in diesem Abkommen bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zur Verhütung und Verfolgung von schwerwiegenden Straftaten sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit zulässig.
3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung unverzüglich vorzunehmen.
4. Einer Person ist auf Antrag über die zu ihr vorhandenen Daten sowie über deren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Ihr Recht auf Auskunftserteilung richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird. Die Erteilung einer solchen Auskunft kann verweigert werden, wenn das Interesse des Staates, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Antragstellers überwiegt.
5. Wird jemand im Zusammenhang mit Datenübermittlungen nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, so ist ihm die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Sie kann sich gegenüber dem Geschädigten nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von fehlerhaft übermittelten Daten verursacht wurde, erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.
6. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung von Daten auf die nach ihrem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Fristen für die Aufbewahrung dieser Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssen. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle stellen sicher, dass die Übermittlung und der Empfang der Daten aktenkundig gemacht werden.
8. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 9

(1) Eine Vertragspartei kann bei Bedarf mit Zustimmung der anderen Vertragspartei zu deren Polizeibehörden Verbindungsbeamte entsenden.

Članak 8.

Prema odredbama ovog Ugovora te u skladu sa svojim domaćim pravima ugovorne će stranke dostavljati i upotrebljavati osobne podatke, u daljnjem tekstu „podaci“, putem tijela ugovornih stranaka navedenih u članku 6. ovog Ugovora sukladno sljedećim odredbama:

1. Tijelo ugovorne stranke koje prima podatke na zahtjev će obavijestiti tijelo ugovorne stranke koje podatke šalje o tomu kako su upotrijebljeni dostavljeni podaci te koji su rezultati time postignuti.
2. Primatelj podataka smije upotrijebiti iste samo u svrhu određenu ovim Ugovorom te pod uvjetima koje odredi tijelo koje podatke šalje. Upotreba tih podataka dopuštena je u cilju prevencije i gonjenja teških kaznenih djela te u svrhu otklanjanja opasnosti u pojedinačnim slučajevima koji bitno ugrožavaju javni red i mir.
3. Tijelo koje dostavlja podatke obvezno je paziti na točnost podatka koji se moraju dostaviti te na to jesu li ti podaci potrebni i zadovoljavaju li načelo razmjernosti s obzirom na cilj koji se njihovim dostavljanjem želi postići. Pri tome se moraju poštivati zabrane koje domaće pravo predviđa za dostavljanje podataka. Podaci se ne dostavljaju kad tijelo koje bi podatke trebalo dostaviti ima razloga pretpostaviti da će to biti suprotno njegovom domaćem pravu ili štetiti bitnim interesima osobe čiji se podaci dostavljaju. Ako su dostavljeni netočni podaci ili podaci koji se nisu smjeli dostaviti, o tomu se bez odgode mora obavijestiti primatelj podataka koji je obvezan podatke bez odgode ispraviti ili izbrisati.
4. Osobi se na zahtjev moraju dati obavijesti o podacima koji o njoj postoje te o svrsi u koju će se koristiti. Pravo osobe na dobivanje takve obavijesti utvrđuje se prema domaćem pravu ugovorne stranke na čijem se državnom području ta obavijest traži. Davanje takve obavijesti može se uskratiti kada su interesi države da tu obavijest ne da jači od interesa podnositelja zahtjeva.
5. Ako je nekoj osobi prilikom dostavljanja podataka u okviru ovoga Ugovora protupravno nanescena šteta, tada je tijelo koje podatke prima dužno u skladu s odredbama svog domaćeg prava tu štetu nadoknaditi. Tijelo koje podatke prima ne može se u odnosu na oštećenu osobu pozvati na to da je štetu prouzročilo tijelo koje podatke dostavlja. Ako tijelo koje podatke prima nadoknadi štetu koja je nastala krivim dostavljanjem podataka, tijelo koje podatke dostavlja nadoknadit će puni iznos naknade.
6. Tijelo koje podatke dostavlja upozorava prilikom njihova dostavljanja na predviđene rokove pohranjivanja podataka koji su u skladu s njegovim domaćim pravom i nakon isteka kojih se podaci moraju brisati. Neovisno o tim rokovima dostavljeni se podaci moraju brisati čim prestanu biti potrebni za svrhu u koju su dostavljeni.
7. Tijelo koje podatke dostavlja i tijelo koje podatke prima pobrinut će se da se dostavljanje i zaprimanje podataka evidentira.
8. Tijelo koje podatke dostavlja i tijelo koje podatke prima obvezna su dostavljene podatke zaštititi od neovlaštenog pristupa, neovlaštene promjene i neovlaštenog objavljivanja.

Članak 9.

(1) Ugovorna stranka može po potrebi uputiti časnika za vezu policijskim tijelima druge ugovorne stranke uz njezinu suglasnost.

(2) Die Verbindungsbeamten werden ohne selbständige Wahrnehmung hoheitlicher Befugnisse unterstützend und beratend tätig. Sie erteilen Informationen und erledigen ihre Aufgaben im Rahmen der Weisungen der entsendenden Vertragspartei unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts der empfangenden Vertragspartei.

Artikel 10

Die Vertragsparteien halten bei Bedarf nach Vereinbarung Konsultationen zum Zwecke der Wirksamkeit der Zusammenarbeit nach den Artikeln 1 bis 4 ab.

Artikel 11

Dieses Abkommen hindert die Vertragsparteien nicht, für beide Seiten annehmbare Formen und Methoden der Zusammenarbeit bei der Vorbeugung und der Bekämpfung der Organisierten und der schweren Kriminalität einzuführen oder zu fördern.

Artikel 12

(1) Ist eine Vertragspartei der Ansicht, dass die Erfüllung eines Ersuchens, die Durchführung einer Kooperationsmaßnahme oder die Gewährung der Unterstützung geeignet ist, die eigenen Hoheitsrechte zu beeinträchtigen, die innere Sicherheit oder andere wesentliche Interessen zu gefährden oder gegen Grundsätze der eigenen Rechtsordnung beziehungsweise ihre internationalen Verpflichtungen zu verstoßen, so kann sie die Erfüllung des Ersuchens, die Unterstützung beziehungsweise die Kooperationsmaßnahme insoweit ganz oder teilweise verweigern oder von bestimmten Bedingungen oder Auflagen abhängig machen.

(2) Die Unterstützung nach Absatz 1 kann auch verweigert werden, wenn die Handlung, derentwegen das Ersuchen erging, nach dem im Staat der ersuchten Vertragspartei geltenden Recht keine strafbare Handlung ist.

Artikel 13

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander auf diplomatischem Wege schriftlich mitgeteilt haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind, wobei der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung maßgeblich ist.

Artikel 14

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann von jeder Vertragspartei auf diplomatischem Wege schriftlich gekündigt werden. Das Abkommen tritt drei Monate nach Zugang der Kündigung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft.

Artikel 15

Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland veranlasst.

Geschehen zu Berlin am 10. März 2009 in zwei Urschriften, jede in deutscher und kroatischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(2) Časnici za vezu poduzimaju radnje savjetovanja i pružanja pomoći bez prava na samostalno obnašanje suverenih ovlasti. Oni pružaju informacije i obavljaju zadatke u okviru uputa ugovorne stranke šiljateljice, a pri tome poštuju domaće pravo ugovorne stranke primateljice.

Članak 10.

Ugovorne će stranke po potrebi i prema dogovoru održati konzultacije radi djelotvornije suradnje u skladu s člancima 1. do 4. ovog Ugovora.

Članak 11.

Ovaj Ugovor ne sprečava ugovorne stranke da uvode i pospešuju druge, za obje strane prihvatljive, oblike i metode suradnje u prevenciji i suzbijanju organiziranog i teškog kriminaliteta.

Članak 12.

(1) Ako jedna ugovorna stranka smatra da bi ispunjavanje zahtjeva, provedba mjere suradnje ili pružanje pomoći moglo štetiti njezinom suverenitetu, ugroziti njezinu unutarnju sigurnost ili njezine druge bitne interese ili bi se moglo protiviti načelima njezinog pravnog poretka odnosno njezinim međunarodnim obvezama, tada u cijelosti ili djelomice može odbiti ispunjavanje zahtjeva, pružanje pomoći odnosno suradnje ili ih uvjetovati određenim uvjetima ili obvezama.

(2) Sukladno stavku 1. ovog članka pružanje pomoći može se uskratiti i onda kad radnja zbog koje je podnesen zahtjev prema domaćem pravu zamljene ugovorne stranke nije kažnjivo djelo.

Članak 13.

Ovaj Ugovor stupa na snagu na dan kada su se ugovorne stranke pisano, diplomatskim putem, izvijestile da su ispunjeni svi uvjeti za stupanje na snagu ovog Ugovora predviđeni njihovim domaćim zakonodavstvima, pri čemu je mjerodavan dan zaprimanja posljednje obavijesti.

Članak 14.

Ovaj se Ugovor sklapa na neodređeno vrijeme. Ugovorne stranke mogu otkazati ovaj Ugovor pisanom obaviješću diplomatskim putem. Ugovor prestaje važiti tri mjeseca od dana kada je druga ugovorna stranka zaprimila obavijest o otkazu.

Članak 15.

Neposredno nakon stupanja ovog Ugovora na snagu Vlada Savezne Republike Njemačke pokrenut će njegovu registraciju pri Tajništvu Ujedinjenih naroda u skladu s člankom 102. Povelje Ujedinjenih naroda.

Sastavljeno u Berlinu, dana 10. ožujka 2009. godine, u dva izvornika, svaki na njemačkom i hrvatskom jeziku, pri čemu su oba teksta jednako vjerodostojna.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Za Vladu Savezne Republike Njemačke

Schäuble
Silberberg

Für die Regierung der Republik Kroatien
Za Vladu Republike Hrvatske

Tomislav Karamarko

Gesetz
zu dem Abkommen vom 27. Mai 2009
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs Saudi-Arabien
über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich

Vom 3. Mai 2012

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Riad am 27. Mai 2009 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Saudi-Arabien über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 12 Absatz 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 3. Mai 2012

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister des Innern
Hans-Peter Friedrich

Der Bundesminister des Auswärtigen
Guido Westerwelle

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs Saudi-Arabien
über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich

Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Government of the Kingdom of Saudi Arabia
on Cooperation in the Field of Security

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung des Königreichs Saudi-Arabien,
im Folgenden als „Vertragsparteien“ bezeichnet –

bestrebt, ihre freundschaftlichen Beziehungen weiter zu festigen,

besorgt über das Anwachsen der Kriminalität insgesamt und insbesondere der Organisierten Kriminalität, des Terrorismus und seiner Finanzierung,

in Anerkennung der großen Bedeutung der Zusammenarbeit ihrer Sicherheitsbehörden bei der Verhinderung und Bekämpfung von Straftaten, insbesondere von Straftaten von erheblicher Bedeutung,

in Bekräftigung ihrer Anerkennung der Grundsätze des Völkerrechts und der Verpflichtungen, die sich aus für sie verbindlichen internationalen Übereinkünften und Verträgen im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung ergeben –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Bereiche der Zusammenarbeit

Die Vertragsparteien arbeiten bei der Verhütung und Bekämpfung von Straftaten, insbesondere von Straftaten von erheblicher Bedeutung, in den nachstehenden Bereichen zusammen:

1. Terrorismus und Terrorismusfinanzierung,
2. Organisierte Kriminalität,
3. Wirtschafts- und Finanzkriminalität sowie Geldwäsche,
4. Straftaten im Zusammenhang mit dem Diebstahl, dem Schmuggel und dem unerlaubten Handel mit Waffen, Munition und Sprengstoffen,
5. Straftaten im Zusammenhang mit dem Diebstahl, dem Schmuggel und dem unerlaubten Handel mit radioaktiven, nuklearen, biologischen oder chemischen Stoffen oder anderen gefährlichen Stoffen,
6. Straftaten im Zusammenhang mit der Einschleusung illegaler Migranten,
7. Straftaten im Zusammenhang mit Menschenhandel,
8. Straftaten im Zusammenhang mit Betäubungsmitteln, psychotropen Stoffen und deren Vorläufersubstanzen,
9. Fälschungskriminalität oder Herstellung von Falschgeld,
10. Straftaten gegen das Leben und die Gesundheit,
11. Eigentums-kriminalität,

The Government of the Federal Republic of Germany
and
the Government of the Kingdom of Saudi Arabia,
hereinafter referred to as the “Parties” –

desirous of consolidating their friendly relations;

motivated by their concern regarding the increase of crime in general, and organized crime, crimes of terrorism and the financing thereof in particular;

realizing the great significance of mutual cooperation between their respective security protection authorities in order to prevent and combat crime, particularly serious crime;

reaffirming their respect for the principles of international law, and obligations emanating from international agreements and treaties binding upon them regarding the combating of crime,

Have agreed as follows:

Article 1

Fields of Cooperation

The Parties shall cooperate in preventing and combating crime, particularly serious crime, in the following areas:

1. Crimes of terrorism and its financing,
2. Organized crime,
3. Economic crimes, financial crimes and money laundering,
4. Crimes relating to the theft of weapons, ammunition and explosives, their smuggling or illicit trafficking,
5. Crimes relating to the theft of radioactive, nuclear, biological or chemical materials, or other dangerous materials, their smuggling or illicit trafficking,
6. Crimes relating to the smuggling of illegal migrants,
7. Crimes relating to the trafficking in persons,
8. Crimes pertaining to narcotics, psychotropic substances and precursor chemicals,
9. Crimes of forgery or the counterfeiting of currencies,
10. Criminal homicide and crimes resulting in bodily harm,
11. Crimes against property,

12. Straftaten gegen die Sicherheit von Verkehrsmitteln und Passagieren,
13. Diebstahl und illegale Verschiebung von Kraftfahrzeugen,
14. Computerkriminalität,
15. Umweltkriminalität,
16. Urheberrechtskriminalität.

12. Crimes against the security and safety of means of transportation and their passengers,
13. Theft or smuggling of vehicles or their illicit trading,
14. Computer crime,
15. Environmental crime,
16. Crimes pertaining to violation of intellectual property rights.

Artikel 2

Beachtung der Gesetze und sonstigen Vorschriften der Vertragsparteien und Verhältnis zu anderen völkerrechtlichen Verträgen

(1) Die Zusammenarbeit der Vertragsparteien in allen in diesem Abkommen genannten Bereichen erfolgt nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts.

(2) Durch dieses Abkommen werden die aus zweiseitigen oder mehrseitigen Übereinkünften herrührenden Verpflichtungen der Vertragsparteien nicht berührt.

(3) Dieses Abkommen ist keine Grundlage für Ersuchen zur Übermittlung von Daten oder Informationen zum Zwecke der Verwendung als Beweismittel in Strafverfahren. Daten oder Informationen, die nach diesem Abkommen übermittelt wurden, dürfen ohne die vorherige Zustimmung der übermittelnden Vertragspartei, die nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts und in Übereinstimmung mit den anwendbaren zweiseitigen oder mehrseitigen Übereinkünften über die Rechtshilfe in Strafsachen zu erteilen ist, nicht zu diesem Zweck verwendet werden.

Artikel 3

Mittel der Zusammenarbeit

Zur Umsetzung dieses Abkommens arbeiten die Vertragsparteien mittels der nachfolgend genannten Maßnahmen zusammen:

1. Austausch von Informationen und personenbezogenen Daten hinsichtlich der in Artikel 1 dieses Abkommens genannten Straftaten – gleichviel, ob diese im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien oder in einem Drittstaat verübt wurden oder vorbereitet werden –, die für die andere Vertragspartei von Interesse sein können.
2. Ergreifung von Maßnahmen zur Verstärkung der Kontrollen zur Verhinderung des Schmuggels und des unerlaubten Verkehrs mit Suchtstoffen, psychotropen Stoffen und deren Vorläufersubstanzen zwischen den beiden Staaten sowie Austausch diesbezüglicher Informationen und Ansichten.
3. Durchführung kontrollierter Lieferungen in Fällen, die in Zusammenhang mit Suchtstoffen, psychotropen Stoffen und deren Vorläufersubstanzen stehen.
4. Austausch von Berichten und chemischen Analysen von Suchtstoffen, psychotropen Stoffen und deren Vorläufersubstanzen, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei beschlagnahmt wurden, sofern die Straftat mit einer oder mehreren Personen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in Zusammenhang steht, sowie von Daten und Informationen über verbotene Labore, die Suchtstoffe, psychotrope Stoffe und deren Vorläufersubstanzen herstellen, ihre technischen Merkmale und von anderen relevanten Informationen.
5. Austausch von Informationen und Fachwissen über den Schutz von Verkehrsmitteln und Passagieren.
6. Austausch von Informationen und Fachwissen über neue Methoden und Techniken zur Begehung von Straftaten und diesbezügliche Mittel der Kriminalitätsbekämpfung.
7. Austausch von Informationen und Fachwissen zur Entwicklung von Mitteln zur Verhinderung und Bekämpfung von Straftaten sowie von Maßnahmen zur Verfolgung und Ergreifung von Tätern.

Article 2

Respect for the Laws and Regulations of each Party and Relationship with other International Treaties

(1) The Parties shall cooperate in all areas mentioned in this Agreement on the basis and in accordance with their respective internal laws and regulations.

(2) This Agreement shall not affect any of the Parties' obligations arising from bilateral or multilateral agreements.

(3) This Agreement shall not constitute a basis to request data or information for the purpose of use as evidence in judicial proceedings in criminal matters. Data or information received under the terms of this Agreement shall not be used for such purposes without prior agreement by the requested Party in accordance with applicable internal laws and regulations or bilateral or multilateral agreements on judicial cooperation in criminal matters.

Article 3

Means of Cooperation

For the purposes of implementing this Agreement, the Contracting Parties shall cooperate through the following measures and means:

1. Exchange of information as well as of personal data regarding any of the crimes set forth in Article 1 of this Agreement – whether it took place or is prepared in the territory of either Party or in a third country – which may be of interest to the other Party.
2. Take up measures that intensify control in order to prevent the smuggling and illicit trafficking in narcotic drugs and psychotropic substances and precursor chemicals between the two countries, as well as the exchange of information and views in this regard.
3. The implementation of controlled delivery operations in cases regarding narcotic drugs, psychotropic substances and precursor chemicals.
4. The exchange of reports, chemical analyses of narcotic drugs, psychotropic substances and precursor chemicals seized within the territory of either Party in case the offence is related to one or more persons in the territory of the other Party, as well as data and information connected with prohibited laboratories manufacturing narcotic drugs, psychotropic substances and precursor chemicals, their technical characteristics and any other relevant information.
5. The exchange of information and expertise related to the protection of means of transportation and their passengers.
6. The exchange of information and expertise on new methods and techniques of committing crimes and means of combating them.
7. The exchange of information and expertise that contribute to the development of means of preventing and combating crimes, and the measures undertaken to pursue and apprehend their perpetrators.

8. Austausch von Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften sowie von Veröffentlichungen und wissenschaftlichen Forschungsergebnissen, die von den zuständigen Stellen der Vertragsparteien herausgegeben werden und die Verbrechensbekämpfung betreffen.
9. Durchführung sonstiger Maßnahmen zur Verhinderung und Aufklärung von Straftaten, soweit die andere Vertragspartei darum ersucht.

Artikel 4

Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Sicherheitstrainings

Die Vertragsparteien arbeiten auf dem Gebiet des Sicherheitstrainings zusammen.

Artikel 5

Ersuchen und Schriftverkehr

(1) Ersuchen um Unterstützung im Rahmen dieses Abkommens sind den in Artikel 11 Absatz 1 genannten zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei schriftlich zu übermitteln. In dringenden Fällen können Ersuchen um Unterstützung mündlich übermittelt werden, sollten aber innerhalb von 10 Tagen nach dem mündlichen Ersuchen schriftlich bestätigt werden.

(2) Der Schriftverkehr und Mitteilungen betreffend die Durchführung dieses Abkommens werden in deutscher und arabischer Sprache verfasst. Eine englische Übersetzung ist nach Möglichkeit beizufügen.

Artikel 6

Grenzen der Zusammenarbeit

(1) Jede Vertragspartei kann die Zusammenarbeit nach diesem Abkommen ganz oder teilweise verweigern oder von Bedingungen abhängig machen, wenn die Zusammenarbeit:

1. ihre Souveränität, ihre Sicherheit oder andere wesentliche Interessen beeinträchtigt,
2. im Widerspruch zu ihren innerstaatlichen Gesetzen steht,
3. ihre Ermittlungen oder laufenden Maßnahmen gefährdet,
4. einer in ihrem Hoheitsgebiet erlassenen richterlichen Anordnung widerspricht,
5. sich auf eine Handlung bezieht, die nach den Gesetzen einer der beiden Vertragsparteien keine strafbare Handlung ist.

(2) Die die Zusammenarbeit ablehnende Vertragspartei hat die ersuchende Vertragspartei über die der Ablehnung zugrunde liegenden Gründe zu informieren.

Artikel 7

Vertraulichkeit

Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Vertraulichkeit der im Rahmen dieses Abkommens ausgetauschten Informationen zu wahren. Unbeschadet des Artikels 8 Nummer 2 dürfen die ausgetauschten Informationen ausschließlich für den Zweck verwendet werden, zu dem sie übermittelt wurden. Übermittelte Informationen dürfen ohne vorherige schriftliche Zustimmung der übermittelnden Vertragspartei nicht an Dritte weitergegeben werden.

Artikel 8

Schutz personenbezogener Daten

Die in Artikel 11 Absatz 1 genannten zuständigen Behörden der Vertragsparteien verpflichten sich, den Schutz personenbezogener Daten, die nach Maßgabe dieses Abkommens ausgetauscht werden, unter Beachtung der nachfolgenden Bestimmungen zu wahren:

8. The exchange of laws, regulations, publications and scientific research issued by the competent authorities of the Parties that address the combating of crime.

9. Implementation of other measures necessary to prevent and solve crimes upon the request of the other Party.

Article 4

Cooperation in the Field of Security Training

The Parties shall cooperate in the field of security training.

Article 5

Requests and Correspondence

(1) Requests for assistance within the framework of this Agreement are to be submitted in written form to the competent authorities of the other Party indicated in paragraph 1 of Article 11. In urgent cases, requests for assistance can be made verbally but a written confirmation of the request should follow within ten days from the date of making the verbal request.

(2) Correspondence and communications regarding the implementation of this Agreement are to be made in the German and Arabic languages. An English translation is to be enclosed if possible.

Article 6

Limits of Cooperation

(1) Either Party may impose conditions on or refuse cooperation under this Agreement, either wholly or partially, in any of the following cases:

1. If cooperation infringes upon its sovereignty or security or other essential interests;
2. If cooperation is in conflict with its domestic laws;
3. If cooperation jeopardizes its investigations or ongoing measures;
4. If cooperation contradicts a judicial measure issued in its territory;
5. If cooperation relates to an action that does not constitute a punishable offence under the laws of one of the Parties.

(2) The Party refusing cooperation shall inform the requesting Party of the reasons behind its refusal.

Article 7

Confidentiality

The Parties undertake to maintain the confidentiality of information exchanged within the framework of this Agreement. Notwithstanding paragraph 2 of Article 8, exchanged information shall be used only for the purpose it was communicated for. Neither Party shall transfer or relay such information to a third Party except with the prior written approval of the Party that provided the information.

Article 8

Protection of Personal Data

The competent authorities of the Parties indicated in paragraph 1 of Article 11 undertake to maintain the protection of personal data exchanged within the framework of this Agreement in accordance with the following provisions:

1. Die empfangende Behörde unterrichtet die übermittelnde Behörde der anderen Partei auf Anfrage über die Verwendung der übermittelten Daten und die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die empfangende Behörde verwendet die Daten nur zu dem der Übermittlung zugrunde liegenden Zweck und zu den durch die übermittelnde Behörde vorgegebenen Bedingungen. Die Verwendung ist darüber hinaus zur Verhütung und Ermittlung von Straftaten von erheblicher Bedeutung oder zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit zulässig.
3. Die übermittelnde Behörde ist für die Richtigkeit der übermittelten Daten verantwortlich. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht hätten übermittelt werden dürfen, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Behörde unverzüglich mitzuteilen; diese ist verpflichtet, die Daten unverzüglich zu berichtigen oder zu löschen.
4. Personenbezogene Daten, die im Rahmen dieses Abkommens übermittelt wurden, dürfen ohne die vorherige schriftliche Zustimmung der übermittelnden Behörde nicht an Dritte weitergegeben werden.
5. Die übermittelnde und die empfangende Behörde sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Bekanntgabe und unbefugte Veränderung zu schützen.
6. Die personenbezogenen Daten sind unverzüglich zu löschen, sobald sie für den Zweck, zu dem sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind, oder die von der übermittelnden Behörde angegebene Frist für die Aufbewahrung der Daten abgelaufen ist.
7. Wird jemand als Folge einer unrichtigen Datenübermittlung im Rahmen dieses Abkommens rechtswidrig geschädigt, so ersetzt die empfangende Vertragspartei den verursachten Schaden nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Die empfangende Vertragspartei kann sich gegenüber dem Geschädigten nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Vertragspartei verursacht worden ist. Die übermittelnde Vertragspartei erstattet der empfangenden Vertragspartei den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.
1. The receiving authority shall, upon request, notify the communicating authority of the other Party as to how the data was used and of any results achieved.
2. The receiving authority shall use the data only for the purpose it was communicated for, and in accordance with any terms specified by the communicating authority. Furthermore, such data may also be used to prevent or investigate serious criminal offences or to avert serious threats to public security.
3. The authority communicating the personal data is responsible for its accuracy. If it is found that the data communicated was inaccurate or should not have been communicated, the receiving authority shall be informed of this fact immediately, and the receiving authority must correct or delete the data without delay.
4. Personal data received within the framework of this Agreement may not be transferred to a third party except after the prior written approval of the communicating authority.
5. The communicating authority and the receiving authority shall both ensure effective protection of the communicated personal data against unauthorized access, unauthorized disclosure and unauthorized alteration.
6. The personal data shall be immediately destroyed as soon as it is no longer required for the purpose it was communicated for, or if the time limit for the retention of the data indicated by the communicating authority has expired.
7. If a person is unlawfully harmed as a result of incorrect data communicated within the framework of this Agreement, the receiving Party shall compensate that person for damage in accordance with its internal laws and regulations. The receiving Party shall not refer the affected person to the communicating Party for damage caused by the use of the communicated data, and the communicating Party shall reimburse the receiving Party for the total amount of compensation paid.

Artikel 9

Austausch von Fachwissen und Einrichtung einer Expertenkommission

(1) Die zuständigen Behörden beider Vertragsparteien halten bei Bedarf Expertentreffen zum Austausch von Fachwissen in den in diesem Abkommen genannten Bereichen ab.

(2) Zur Erörterung von Fragen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kriminalitätsbekämpfung und zur Unterbreitung von erforderlichen Empfehlungen zur Weiterentwicklung dieses Abkommens wird eine Kommission von Experten aus dem Bereich der Kriminalitätsbekämpfung beider Länder eingerichtet. Die vorgenannten Empfehlungen werden den zuständigen Behörden beider Vertragsparteien vorgelegt. Die Kommission tritt bei Bedarf oder auf Ersuchen einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd in einem der beiden Länder zusammen.

Artikel 10

Kosten

Kosten, die in Zusammenhang mit der Umsetzung dieses Abkommens entstehen, werden, soweit die Vertragsparteien nichts anderes vereinbart haben, von der Vertragspartei getragen, in deren Hoheitsgebiet sie entstanden sind.

Article 9

Exchange of Expertise and the Establishment of a Commission of Experts

(1) The competent authorities of both Parties shall arrange meetings of experts in order to exchange expertise in the fields specified in this Agreement whenever necessary.

(2) A commission of experts in the field of combating crime from both countries shall be established, to discuss issues of cooperation in that field, and to propose recommendations necessary for the development of this Agreement. The aforementioned recommendations shall be submitted to the competent authorities of each Party. The committee shall meet in the two countries alternately whenever necessary, or upon the request of one of the Parties.

Article 10

Expenses

Expenses related to the implementation of this Agreement shall be assumed by the Party in whose territory the expenses were incurred, unless otherwise agreed upon by the Parties.

Artikel 11**Zuständige Behörden,
die mit der Umsetzung dieses Abkommens betraut sind**

(1) Die zuständigen Behörden für die Durchführung dieses Abkommens sind auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland:

1. Bundesministerium des Innern,
2. Bundesministerium der Finanzen,
3. Bundeskriminalamt,
4. Bundespolizeipräsidium,
5. Zollkriminalamt;

auf Seiten des Königreichs Saudi-Arabien das Innenministerium.

(2) Die in Absatz 1 genannten zuständigen Behörden benennen zur Vereinfachung der Zusammenarbeit in den in diesem Abkommen genannten Bereichen schriftlich Kontaktstellen zur unmittelbaren gegenseitigen Kontaktaufnahme; dies schließt bei Bedarf die Entsendung von Verbindungsbeamten ein.

(3) Die Vertragsparteien zeigen einander auf diplomatischem Weg Änderungen der Bezeichnungen oder Zuständigkeiten der in Absatz 1 genannten Behörden an.

Artikel 12**Inkrafttreten, Geltungsdauer und Kündigung**

(1) Dieses Abkommen tritt dreißig Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander auf diplomatischem Weg mitgeteilt haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgeblich ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbegrenzte Zeit geschlossen. Es bleibt in Kraft, bis es von einer der Vertragsparteien unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten schriftlich auf diplomatischem Weg bei der anderen Vertragspartei gekündigt wird. Von der Kündigung bleiben während der Geltungsdauer dieses Abkommens übermittelte Ersuchen unberührt.

Geschehen zu Riad am 27. Mai 2009 (dies entspricht 3.6.1430 H nach islamischer Zeitrechnung) in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Article 11**Competent Authorities Entrusted
with Implementing the Agreement**

(1) The competent authorities entrusted with implementing this Agreement are for the Federal Republic of Germany:

1. The Federal Ministry of Interior,
2. The Federal Ministry of Finance,
3. The Federal Criminal Police Office,
4. The Federal Police Central Office,
5. The Customs Criminal Office;

for the Kingdom of Saudi Arabia The Ministry of Interior.

(2) The competent authorities indicated in paragraph 1 shall specify in writing means of direct bilateral contact to facilitate cooperation in the areas mentioned in this Agreement, including the deployment of liaison officers if necessary.

(3) The Parties shall inform each other through diplomatic channels of any change in the title or competence of any of the authorities indicated in paragraph 1.

Article 12**Entry into Force, Duration and Termination**

(1) This Agreement shall enter into force thirty days after the date on which the Parties have notified each other in writing through diplomatic channels that the internal requirements for the entry into force have been fulfilled. The relevant date shall be the day on which the last notification was received.

(2) This Agreement shall be concluded for an unlimited period. It shall remain in force until terminated by either of the Parties giving at least six months' written notice thereof to the other Party through diplomatic channels. Such termination shall not affect requests submitted while this Agreement was in force.

Done in Riyadh on 27.5.2009 (corresponding to 3.6.1430 H) in two originals in the German, Arabic and English languages, all three texts being authentic. In case of divergent interpretations of the German and Arabic texts, the English text shall prevail.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany

V. Wenzel
Schäuble

Für die Regierung des Königreichs Saudi-Arabien
For the Government of the Kingdom of Saudi Arabia

Prinz Naif bin Abdulaziz Al Saud

Gesetz
zu dem Abkommen vom 22. Februar 2009
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Staates Katar
über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich

Vom 3. Mai 2012

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Doha am 22. Februar 2009 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Staates Katar über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 12 Absatz 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 3. Mai 2012

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister des Innern
Hans-Peter Friedrich

Der Bundesminister des Auswärtigen
Guido Westerwelle

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Staates Katar
über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich

Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Government of the State of Qatar
on Cooperation in the Field of Security

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung des Staates Katar,

im Weiteren als „Vertragsparteien“ bezeichnet –

getragen von dem gemeinsamen Willen, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Katar weiter zu festigen und den Wohlstand, die Stabilität und den Frieden in beiden Staaten zu entwickeln,

in dem Wunsch, sich gegenseitig zu unterstützen und die Zusammenarbeit in allen Bereichen ihrer jeweiligen Zuständigkeit zu verstärken,

überzeugt von der besonders großen Bedeutung der Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich und der gemeinsamen Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus und seiner Finanzierung –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand der Zusammenarbeit

(1) Die Vertragsparteien arbeiten nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts bei der Verhütung und der Bekämpfung von Straftaten von erheblicher Bedeutung insbesondere in den nachstehenden Bereichen zusammen:

1. Terrorismus und Terrorismusfinanzierung,
2. unerlaubter Verkehr mit Waffen, Munition, Sprengstoffen, nuklearen und radioaktiven sowie chemischen und biologischen Materialien,
3. unerlaubte Einschleusung von Personen, Menschenhandel und Zuhälterei,
4. unerlaubte Herstellung von Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen, im Weiteren als „Rauschgift“ bezeichnet, und deren Vorläufersubstanzen sowie unerlaubter Verkehr damit,
5. Geldwäsche,
6. Herstellung, Besitz und Verbreitung von Falschgeld, Fälschung oder Verfälschung von unbaren Zahlungsmitteln, Wertpapieren und Urkunden oder Verwendung von ge- oder verfälschten unbaren Zahlungsmitteln, Wertpapieren und Urkunden,

The Government of the Federal Republic of Germany

and

the Government of the State of Qatar,

hereinafter referred to as the “Contracting Parties”,

motivated by the joint determination to further consolidate the friendly relations existing between the Federal Republic of Germany and the State of Qatar and to develop prosperity, stability and peace in both countries,

desiring to support each other and to intensify cooperation in all areas of their respective competency,

convinced of the huge importance attached to cooperation in the field of security and the joint measures aimed at combating international terrorism and the financing thereof,

have agreed as follows:

Article 1

Object of cooperation

(1) The Contracting Parties shall cooperate in accordance with their national law on preventing and combating serious crime, particularly in the following areas:

1. terrorism and the financing thereof,
2. unlawful trafficking in arms, ammunition, explosives, nuclear and radioactive materials as well as chemical and biological materials,
3. smuggling of persons, human trafficking and pimping,
4. unlawful manufacturing of and illegal trafficking in narcotics and psychotropic substances, hereinafter referred to as “drugs”, and precursor substances,
5. money laundering,
6. production, possession and dissemination of counterfeit money, falsification or forgery of means of non-cash payment, securities and documents or use of forged or falsified means of non-cash payment, securities and documents,

7. Wirtschafts- und Finanzkriminalität,
8. Straftaten gegen das geistige Eigentum,
9. Computerkriminalität,
10. Eigentumskriminalität,
11. Beeinträchtigung der Luft- und Reisesicherheit,
12. Kfz-Kriminalität.

(2) Die Vertragsparteien arbeiten insbesondere in den Fällen zusammen, in denen kriminelle Handlungen oder Vorbereitungen zu solchen Handlungen im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien begangen werden und es Anzeichen dafür gibt, dass diese Handlungen auch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei betreffen oder deren Sicherheit bedrohen können.

(3) Durch dieses Abkommen werden die innerstaatlichen Bestimmungen über die Auslieferung und die sonstige Rechtshilfe in Strafsachen sowie über die Amts- und Rechtshilfe in Fiskalsachen und sonstige in zweiseitigen oder mehrseitigen Verträgen enthaltenen Verpflichtungen einer der beiden Vertragsparteien nicht berührt.

Artikel 2

Zuständige Stellen

(1) Zum Zweck der Durchführung dieses Abkommens erfolgt die Zusammenarbeit der Vertragsparteien zwischen den nachfolgend genannten Stellen in deren Zuständigkeitsbereich, wobei bei Bedarf die Koordination zwischen den zuständigen Stellen in beiden Ländern beim Innenministerium liegt:

auf Seiten der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

- Bundesministerium des Innern,
- Bundesministerium der Finanzen,
- Bundesministerium für Gesundheit,
- Bundeskriminalamt,
- Bundespolizeipräsidium,
- Zollkriminalamt,

auf Seiten der Regierung des Staates Katar

- Innenministerium.

(2) Die Vertragsparteien unterrichten einander auf diplomatischem Weg über Änderungen der Zuständigkeiten oder Bezeichnungen der Stellen, die dieses Abkommen durchführen.

Artikel 3

Formen der Zusammenarbeit

Zum Zweck der Durchführung dieses Abkommens werden die Vertragsparteien im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts

1. alle beide Vertragsparteien interessierenden Informationen über in Artikel 1 bezeichnete begangene oder geplante Straftaten wie auch über kriminelle Organisationen, deren Strukturen und Verbindungen sowie die Mittel und die Methoden ihrer Tätigkeit austauschen, soweit dies für die Verhütung und Aufklärung von Straftaten von erheblicher Bedeutung erforderlich ist;
2. auf Ersuchen der anderen Vertragspartei und soweit das Recht der ersuchten Vertragspartei es zulässt, abgestimmte operative Maßnahmen zur Verhütung und Aufklärung von Straftaten gemäß diesem Abkommen durchführen; bei der Durchführung solcher operativer Maßnahmen kann die Anwesenheit von Vertretern der zuständigen Stellen der anderen Vertragspartei als reine Beobachter, die an den operativen Maßnahmen nicht mitwirken, gestattet werden;
3. Informationen hinsichtlich der Bekämpfung der unerlaubten Herstellung von Rauschgift und dessen Vorläufersubstanzen und des unerlaubten Verkehrs damit austauschen;

7. white-collar and financial crime,
8. intellectual property crime,
9. computer crime,
10. property-related crime,
11. impairment of air and travel safety and security,
12. motor vehicle crime.

(2) The Contracting Parties shall cooperate particularly in cases involving the committing of criminal activities or preparations for criminal activity on the territory of one of the Contracting Parties and if there is evidence to suggest that these activities have the capacity to affect the territory of the other Contracting Party or to pose a threat to its security.

(3) This Agreement shall not affect the national regulations governing extradition, any other judicial assistance in criminal matters, administrative and judicial assistance in fiscal matters or any of the Contracting Parties' obligations arising from bilateral or multilateral agreements.

Article 2

Competent agencies

(1) For the purpose of implementing this Agreement, cooperation between the Contracting Parties shall take place between the agencies referred to hereinafter in their area of responsibility, with the Ministries of the Interior being responsible for any coordination that is required between the competent agencies of both countries:

for the Government of the Federal Republic of Germany

- the Federal Ministry of the Interior,
- the Federal Ministry of Finance,
- the Federal Ministry of Health,
- the Federal Criminal Police Office,
- the Federal Police Central Office,
- the Customs Criminological Office,

for the Government of the State of Qatar

- the Ministry of the Interior.

(2) The Contracting Parties shall notify each other through diplomatic channels of any changes in competencies or designation of the agencies responsible for implementing this Agreement.

Article 3

Types of cooperation

For the purposes of implementing this Agreement, the Contracting Parties shall, within the framework of their national law:

1. exchange information on any criminal offences set forth in Article 1 of this Agreement which have either been committed or planned and which may be of interest to the other Contracting Party, as well as information about criminal organizations, their structures and links and on the means and methods of their activities, insofar as this is necessary for the prevention and solving of serious crime;
2. at the request of the other Contracting Party and insofar as the laws of the Contracting Party with whom the request was filed permit it, implement coordinated, operational measures to prevent and solve crime in accordance with this Agreement, whereby permission may be granted to representatives of the other Contracting Party's competent agencies to observe the implementation of any such operational measures without taking part in operational measures;
3. exchange information on the prevention of the illegal manufacturing of and illegal trafficking in drugs and precursor substances;

4. bei Bedarf Verbindungsbeamte entsenden;
5. einander auf Ersuchen einer der Vertragsparteien Muster von Gegenständen und Stoffen, die aus Straftaten erlangt oder für diese verwendet wurden oder werden können, zur Verfügung stellen;
6. Forschungsergebnisse insbesondere in den Bereichen der Kriminalistik und der Kriminaltechnik austauschen.

Artikel 4

Maßnahmen der Zusammenarbeit

(1) Die Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens erfolgt in deutscher oder arabischer Sprache mit Übersetzung in die englische Sprache.

(2) Ersuchen um Auskunft oder Durchführung von Maßnahmen nach diesem Abkommen werden von den in Artikel 2 genannten zuständigen Stellen schriftlich direkt übermittelt. In dringenden Fällen kann das Ersuchen auch mündlich übermittelt werden; es muss aber unverzüglich, spätestens innerhalb von zehn Tagen, schriftlich bestätigt werden.

(3) Die ersuchende Seite trägt die mit der Erledigung eines Ersuchens verbundenen Kosten einschließlich der Reisekosten für die von ihr entsandten Vertreter.

Artikel 5

Nichterfüllung eines Ersuchens

(1) Jede Vertragspartei ist berechtigt, die Erfüllung eines Ersuchens nach diesem Abkommen ganz oder teilweise zu verweigern oder sie von Bedingungen abhängig zu machen, wenn die Erfüllung dieses Ersuchens ihre Souveränität, ihre Sicherheit, ihre öffentliche Ordnung oder andere wesentliche Interessen ihrerseits beeinträchtigen kann oder wenn es ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften widerspricht.

(2) Eine Vertragspartei ist auch berechtigt, das Ersuchen abzulehnen, wenn es im Zusammenhang mit einer Handlung erging, die nach dem Recht der ersuchten Vertragspartei keine strafbare Handlung ist.

(3) Die ersuchende Vertragspartei ist in allen Fällen über die Ablehnung schriftlich zu unterrichten. In der Regel sollen die Ablehnungsgründe angegeben werden.

Artikel 6

Vertraulichkeit und Grenzen der Verwendung

Beide Vertragsparteien stellen auf Bitte der übermittelnden Seite eine vertrauliche Behandlung der Anfragen, Informationen und Dokumente sicher, die nach Maßgabe dieses Abkommens eingehen.

Artikel 7

Evaluierung des Abkommens und Einrichtung von Arbeitsgruppen

(1) Die Vertragsparteien werden zur Bewertung der Durchführung dieses Abkommens und der Zweckmäßigkeit seiner Ergänzung oder Änderung bei Bedarf Konsultationen durchführen.

(2) Die zuständigen Stellen der Vertragsparteien können Arbeitsgruppen einrichten, Expertentreffen durchführen und bei Bedarf Protokolle zur Durchführung dieses Abkommens vereinbaren.

Artikel 8

Grundausbildung und Fortbildung

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gewährt der Regierung des Staates Katar Unterstützung bei der Ausbildung ihrer Polizei. Die Unterstützung erfolgt auf Wunsch in Form von

4. if necessary, deploy liaison officers;
5. provide the other Contracting Party, upon request, with a sample of objects and substances obtained from criminal activities that have been or have the potential for being used for criminal activity;
6. exchange research results particularly in the areas of criminalistics and forensics.

Article 4

Measures of cooperation

(1) Cooperation under this Agreement shall be conducted in German or Arabic, with English translation.

(2) Requests for information or implementation of measures under this Agreement shall be transmitted in writing directly via the competent agencies referred to in Article 2. In urgent cases, requests may also be made orally; however, oral requests must be confirmed in writing without delay and within a maximum period of ten days.

(3) The party filing the request shall bear any costs incurred in connection with compliance with the request, including travel expenses of its representatives.

Article 5

Failure to comply with a request

(1) Each Contracting Party shall have the right to refuse in full or in part to comply with a request filed under this Agreement or to make it contingent on conditions if compliance with the request could affect their sovereignty, security, their law and order or other important interests or if it is inconsistent with national legal provisions.

(2) A Contracting Party shall also have the right to refuse to comply with a request if it is associated with an action which does not constitute a punishable offence under the law of the Contracting Party with whom the request has been filed.

(3) The Contracting Party filing the request shall be notified in writing of refusal to comply with the request for assistance in all cases. As a rule, the reasons for refusal should be stated.

Artikel 6

Confidentiality and limitations of use

The two Contracting Parties shall treat all queries, information and documents they receive within the framework of this Agreement with utmost confidentiality at the request of the Contracting Party providing the information or documents.

Article 7

Evaluation of the Agreement and establishment of working groups

(1) The Contracting Parties shall enter into consultations, if necessary, in order to evaluate the implementation of this Agreement and the expediency of any supplements or amendments.

(2) The competent agencies of the Contracting Parties shall have the right to set up working groups, to organize meetings between experts and, if necessary, to agree on Protocols on the implementation of this Agreement.

Article 8

Basic and advanced training

The Government of the Federal Republic of Germany shall offer the Government of the State of Qatar support in training its police force. The support shall be provided, upon request, in the

Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sowie im Wege des Erfahrungsaustausches.

form of basic and advanced training measures and through exchanges of experience.

Artikel 9

Personenbezogene Daten

Die Übermittlung und die Verwendung personenbezogener Daten, im Weiteren als „Daten“ bezeichnet, durch die Stellen der Vertragsparteien, die in Artikel 2 genannt sind, richten sich nach dem innerstaatlichen Recht jeder Vertragspartei unter Beachtung der nachfolgenden Bestimmungen:

1. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen und eine Berichtigung der unrichtigen Daten vorzunehmen.

Erweist sich, dass Daten, die nicht hätten übermittelt werden dürfen, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Diese ist verpflichtet, die Löschung unverzüglich vorzunehmen.

2. Die empfangende Stelle einer Vertragspartei unterrichtet die übermittelnde Stelle der anderen Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
3. Die Verwendung der Daten durch die empfangende Stelle ist nur zu den in diesem Abkommen bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zur Verhütung und Verfolgung von schwerwiegenden Straftaten sowie zum Zweck der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit zulässig.
4. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung von Daten auf die nach ihrem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Fristen für die Aufbewahrung dieser Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssen. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
5. Die übermittelnde und die empfangende Stelle stellen sicher, dass die Übermittlung und der Empfang der Daten aktenkundig gemacht werden.
6. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
7. Einer Person ist auf Antrag über die zu ihr vorhandenen Daten sowie über deren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Ihr Recht auf Auskunftserteilung richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird. Die Erteilung einer solchen Auskunft kann verweigert werden, wenn das Interesse des Staates, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Antragstellers überwiegt.
8. Das Recht auf Entschädigung wird jeder Person gewährleistet, wenn sie im Zusammenhang mit Datenübermittlungen aufgrund dieses Abkommens rechtswidrig geschädigt worden ist. Die empfangende Stelle ist nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts zum Ersatz des verursachten Schadens verpflichtet. Sie kann sich gegenüber dem Geschädigten nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens,

Article 9

Personal data

The communication and use of personal data, hereinafter referred to as “data”, by the agencies of the Contracting Parties referred to in Article 2, shall be based on the national law of each Contracting Party in compliance with the following provisions:

1. The communicating agency shall ensure that the data to be communicated are accurate, and that the purpose of the data communication is both necessary and appropriate. In so doing, they shall respect the communication bans applicable under the relevant national law. The data shall not be communicated if the communicating agency has any grounds to assume that doing so could violate national laws or harm the interests of the persons concerned which are worthy of protection. If it becomes evident that incorrect data has been communicated, the receiving agency shall be notified forthwith and the incorrect data shall be corrected.

If it becomes evident that data has been communicated which should not have been communicated, the receiving agency shall be notified forthwith. The receiving agency must delete these data immediately.

2. The receiving agency of one Contracting Party shall, upon request, notify the communicating agency of the other Contracting Party as to how the data are to be used and of any results achieved.
3. The receiving agency shall use the data only for the purposes set forth in this Agreement and on the terms specified by the communicating agency. Furthermore, it shall be permissible to use any such data for the prevention and prosecution of serious crime and for the purpose of averting serious danger to public security.
4. When communicating data, the communicating agency shall indicate any time limits for the retention of these data in accordance with its internal law, after which time the data must be deleted. Irrespective of these time limits, the data communicated shall be deleted as soon as they are no longer required for the purposes for which they were communicated.
5. The communicating agency and the receiving agency shall ensure that a record of the communication and receipt of personal data is kept on file.
6. The communicating agency and the receiving agency shall ensure that the data communicated are effectively protected against unauthorized access, unauthorized alteration and unauthorized disclosure.
7. Upon request, any given person shall be informed of the data held on them and on the intended use of that data. Their right to information shall be based on the national law of the Contracting Party on whose territory the request for information has been filed. Such information may be refused if the interests of the party requesting the information are outweighed by the interests of the state in refusing to provide the information.
8. Any person whose rights are infringed upon in connection with data communicated under this Agreement shall be entitled to compensation. The agency receiving the data shall be obliged to pay compensation for the damages caused within the scope of its national law. The receiving agency may not refer the affected person to the communicating agency as having caused the harm. If the agency receiving the data pays compensation for damages caused by the use of incorrectly communicated data, the agency communicating the

der durch die Verwendung von fehlerhaft übermittelten Daten verursacht wurde, erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.

data shall pay the full compensation amount to the agency receiving the data.

Artikel 10

Sicherheit von Reisedokumenten

Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Fälschungssicherheit ihrer Reisedokumente auf höchstem Niveau zu gewährleisten. Sie werden ihre Reisedokumente hinsichtlich der Einhaltung der von der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) empfohlenen Mindestsicherheitsstandards für maschinenlesbare Reisedokumente überprüfen und gegebenenfalls notwendige Anpassungen so kurzfristig wie möglich vornehmen. Außerdem werden sie die notwendigen technischen Entwicklungsarbeiten vorantreiben, um biometrische Merkmale in ihre jeweiligen Reisedokumente aufzunehmen. Beide Vertragsparteien unterstützen die Standardisierungsbemühungen der ICAO unter Berücksichtigung der diesbezüglichen Empfehlungen. Die Vertragsparteien werden einander über die für ihre jeweiligen Reisedokumente getroffenen Maßnahmen unterrichten.

Article 10

Security of travel documents

The Contracting Parties undertake to guarantee the highest level of protection of travel documents against forgery. They shall review them for compliance with the minimum security standards for machine-readable travel documents recommended by the International Civil Aviation Organization (ICAO), and, where necessary, adapt them as soon as possible. They shall also advance the necessary technical developments in order to incorporate biometric features into their respective travel documents. The Contracting Parties shall support ICAO's standardization efforts, taking into account the relevant recommendations. The Contracting Parties shall inform one another about the measures taken with regard to their own relevant travel documents.

Artikel 11

Sonstige völkerrechtliche Übereinkünfte

Durch dieses Abkommen werden die in zweiseitigen oder mehrseitigen Übereinkünften enthaltenen Rechte oder Verpflichtungen einer der Vertragsparteien oder beider Vertragsparteien nicht berührt.

Article 11

Other international agreements

This Agreement shall not affect the rights or obligations of either or both Contracting Parties arising from bilateral or multilateral agreements.

Artikel 12

Inkrafttreten und Geltungsdauer

(1) Dieses Abkommen tritt dreißig Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander auf diplomatischem Weg schriftlich mitgeteilt haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgeblich ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Das Abkommen kann von jeder Vertragspartei auf diplomatischem Wege schriftlich gekündigt werden. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Tag wirksam, an dem sie der anderen Vertragspartei zugegangen ist.

Geschehen zu Doha am 22. Februar 2009, dies entspricht dem 27 Safar 1430 nach islamischer Zeitrechnung, in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung ist der englische Wortlaut maßgebend.

Article 12

Entry into force and duration

(1) This Agreement shall enter into force thirty days after the date on which the Contracting Parties have notified each other in writing through diplomatic channels that the internal requirements for the entry into force have been fulfilled. The relevant date shall be the day on which the last notification was received.

(2) This Agreement shall be concluded for an indefinite period. The Agreement may be terminated by either Contracting Party in writing through diplomatic channels. The termination shall take effect six months after the date on which the other Contracting Party received it.

Done at Doha on 22.02.2009 or A.H. 27 Safar 1430 in the Islamic calendar in duplicate in the German, Arabic and English languages, all three texts being authentic. In case of divergent interpretations, the English text shall prevail.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany

Dirk Baumgartner
Dr. August Hanning

Für die Regierung des Staates Katar
For the Government of the State of Qatar

Saad bin Jassim Al Khulaifi

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 14. April 2010
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Kosovo
über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich**

Vom 3. Mai 2012

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 14. April 2010 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kosovo über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 12 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 3. Mai 2012

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister des Innern
Hans-Peter Friedrich

Der Bundesminister des Auswärtigen
Guido Westerwelle

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Kosovo
über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich

Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Government of the Republic of Kosovo
on Cooperation in the Field of Security

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Kosovo,
nachfolgend Vertragsparteien genannt –

bestrebt, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kosovo weiter zu festigen und zu entwickeln,

in der Überzeugung, dass die Zusammenarbeit für die wirksame Verhinderung und Bekämpfung von Straftaten, insbesondere der Organisierten und der schweren Kriminalität, des Terrorismus, der Betäubungsmittelkriminalität, des illegalen Waffenhandels sowie der illegalen Migration und Einschleusung von Personen von wesentlicher Bedeutung ist,

geleitet von dem Bestreben, die Bürger ihrer Staaten und andere Personen in ihrem Hoheitsgebiet wirksam vor kriminellen Handlungen zu schützen,

eingedenk der Ziele und Prinzipien der völkerrechtlichen Übereinkünfte, die die beiden Staaten ratifiziert haben, sowie der Resolutionen der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand der Zusammenarbeit

(1) Die Vertragsparteien arbeiten durch ihre zuständigen Behörden bei der Verhütung, der Bekämpfung und der Aufklärung von Straftaten der Organisierten und der schweren Kriminalität sowie des Terrorismus zusammen.

(2) Die Zusammenarbeit umfasst insbesondere folgende Bereiche:

1. Straftaten gegen das Leben, den Körper und die Gesundheit sowie die persönliche Freiheit;
2. Terrorismus und Terrorismusfinanzierung;
3. unerlaubten Anbau, unerlaubte Herstellung, Gewinnung, Verarbeitung, Lagerung, Ein-, Aus- und Durchfuhr sowie unerlaubten Handel mit Betäubungsmitteln (Suchtstoffe, psychotrope Stoffe) sowie Stoffen, die häufig für die unerlaubte Herstellung von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen verwendet werden, im weiteren „Grundstoffe“ genannt;
4. Zuhälterei und Menschenhandel;
5. Einschleusung von Personen und illegale Migration;

The Government of the Federal Republic of Germany
and
the Government of the Republic of Kosovo,
hereinafter referred to as the “Contracting Parties” –

Desiring to further consolidate and develop the friendly relations between the Federal Republic of Germany and the Republic of Kosovo,

Convinced that cooperation is extremely important for the effective prevention of and fight against crime, in particular organized and serious crime, terrorism, drug-related crime, arms trafficking, as well as illegal migration and the unlawful smuggling of persons,

Motivated by the desire to effectively protect the citizens of their countries and other persons in their territory against criminal activities,

Mindful of the aims and principles of international agreements which the two states have ratified, and of the resolutions of the United Nations and its specialized agencies in the field of crime suppression,

Have agreed as follows:

Article 1

Object of cooperation

(1) The Contracting Parties shall cooperate, through their competent authorities, to prevent, combat and solve organized or serious crimes and terrorism.

(2) The cooperation shall comprise in particular the following fields:

1. offences against life, body and health as well as personal freedom;
2. terrorism and terrorist financing;
3. unlawful cultivation, production, extraction, processing, storage, import, export or transit of, or trafficking in, narcotics (addictive substances, psychotropic substances) and substances frequently used for unlawful production of narcotics and psychotropic substances, hereinafter referred to as “precursor substances”;
4. pandering and trafficking in human beings;
5. smuggling of persons and illegal migration;

- | | |
|--|--|
| <ol style="list-style-type: none"> 6. unerlaubte Herstellung, unerlaubten Handel mit und Schmuggel von Waffen, Munition und Sprengstoff sowie radioaktivem Material; 7. unerlaubten Handel mit Waren und Technologien mit einem möglichen doppelten Verwendungszweck; 8. unerlaubten Handel mit Kulturgut; 9. Erpressung; 10. Herstellung und Verbreitung von Falschgeld, Fälschung von unbaren Zahlungsmitteln oder Wertpapieren sowie Verwendung gefälschter unbarer Zahlungsmittel oder Wertpapiere; 11. Herstellung falscher und Verfälschung amtlicher Dokumente und Urkunden; 12. Eigentumskriminalität; 13. internationale Verschiebung von Kraftfahrzeugen; 14. Betrug; 15. Steuer- und Zollhinterziehung; 16. Subventionsbetrug; 17. Korruption; 18. Falschspiel und unerlaubtes Glücksspiel; 19. Geldwäsche; 20. Straftaten gegen die Umwelt; 21. Computerkriminalität; 22. Straftaten gegen das geistige Eigentum. | <ol style="list-style-type: none"> 6. unlawful manufacturing of, trade in, and smuggling of weapons, ammunition, explosives and radioactive material; 7. unlawful trade in potential dual-use goods and technologies; 8. illicit trade in cultural property; 9. extortion; 10. production and dissemination of counterfeit money, falsification of means of non-cash payment or securities or use of falsified means of non-cash payment or securities; 11. forgery or falsification of official documents and certificates; 12. property-related crime; 13. international illicit vehicle trafficking; 14. fraud; 15. evasion of taxes and customs duties; 16. subsidy fraud; 17. corruption; 18. confidence games and unlawful gambling; 19. money laundering; 20. offences against the environment; 21. computer crime; 22. intellectual property crime. |
|--|--|

(3) Die Vertragsparteien arbeiten insbesondere in den Fällen zusammen, in denen kriminelle Handlungen oder Vorbereitungen zu solchen Handlungen im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien begangen werden und es Anzeichen dafür gibt, dass diese Handlungen auch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei betreffen oder deren Sicherheit bedrohen können.

(3) The Contracting Parties shall cooperate particularly in cases involving the committing of criminal activities or preparations for criminal activities in the territory of one of the Contracting Parties and if there is evidence to suggest that these activities have the capacity to adversely affect the other Contracting Party or to pose a threat to its security.

Artikel 2

Formen der Zusammenarbeit

Die Vertragsparteien arbeiten nach Maßgabe des Artikels 5 bei der Verhütung und Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, des Terrorismus und anderer Straftaten im Sinne des Artikels 1 zusammen. Zu diesem Zweck werden die Vertragsparteien im Rahmen ihrer Möglichkeiten

1. bedarfsorientiert Fachleute zur gegenseitigen Information über Arten und Methoden der Kriminalitätsverhütung und -bekämpfung und für besondere Formen der Kriminalitätsbekämpfung und der Kriminaltechnik austauschen,
2. Informationen und Personalien von Tatbeteiligten an Straftaten, insbesondere auch von Hinterleuten und Drahtziehern, Strukturen der Tätergruppen und kriminellen Organisationen und die Verbindungen zwischen ihnen, typisches Täter- und Gruppenverhalten, den Sachverhalt, insbesondere die Tatzeit, den Tatort, die Begehungsweise, die Tatmittel, Besonderheiten sowie die verletzten Strafnormen und getroffenen Maßnahmen einander mitteilen, soweit dies für die Bekämpfung von Straftaten oder zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist,
3. auf Ersuchen die nach dem Recht der jeweils ersuchten Vertragspartei zulässigen Maßnahmen durchführen, wobei sie die Anwesenheit von Vertretern der zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei bei der Durchführung operativer Maßnahmen gestatten können,
4. bei operativen Ermittlungen durch aufeinander abgestimmte polizeiliche Maßnahmen zusammenarbeiten und dabei personell, materiell und organisatorisch Unterstützung leisten,

Article 2

Types of cooperation

The Contracting Parties shall cooperate in accordance with Article 5 of this Agreement to prevent and combat organized crime, terrorism and other criminal offences within the meaning of Article 1 of this Agreement. To this end, the Contracting Parties shall, as far as possible,

1. exchange experts, as required, to provide one another with information regarding the types and methods of crime prevention and suppression, and for particular forms of crime suppression and forensic science;
2. inform each other of the particulars of those involved in criminal offences, especially of those organizing behind the scenes, structures of offender groups and criminal organizations and the links between them, typical behaviour patterns of offenders and groups of offenders, facts related to crimes, in particular when, where and how they were committed, the means and resources used by the offender, any particularities, the penal provisions which have been violated and the measures which have been taken, as far as necessary to prevent criminal offences or to avert a substantial threat to public security which may exist in a given case;
3. carry out, upon request, measures which are admissible under the laws of the Contracting Party with whom the request was filed, whereby permission may be granted to representatives of the competent authorities of the other Contracting Party to be present during the implementation of any such operational measures;
4. cooperate in the course of operative investigations through coordinated police measures, granting support in the form of staff, material and organization in doing so;

- | | |
|---|---|
| <ol style="list-style-type: none"> 5. Erfahrungen und Informationen insbesondere über gebräuchliche Methoden der internationalen Kriminalität sowie besondere, neue Formen der Straftatbegehung austauschen, 6. bei Bedarf kriminalistische und kriminologische Forschungsergebnisse austauschen, 7. im Bereich der kriminalistischen Begutachtung zusammenarbeiten, 8. einander Muster von Gegenständen, die aus Straftaten erlangt oder für diese verwendet worden sind oder mit welchen Missbrauch getrieben wird, zur Verfügung stellen, 9. Fachleute zur Fortbildung und zum Erfahrungsaustausch entsenden, 10. im Bereich der Fachaus- und Fortbildung zusammenarbeiten, 11. nach Bedarf und im Rahmen konkreter Ermittlungsverfahren zur Vorbereitung und Durchführung gemeinsamer Maßnahmen Arbeitstreffen abhalten. | <ol style="list-style-type: none"> 5. exchange experiences and information in particular on common methods of international crime and special and new forms of committing crimes; 6. exchange forensic and criminological research findings as required; 7. cooperate in the field of criminological assessments; 8. provide the other Contracting Party with samples of objects and substances obtained from or used in criminal activities or that could be abused; 9. send experts for advanced training and exchange of experience; 10. cooperate in the field of basic and advanced technical training; 11. hold working meetings as required and as part of concrete investigations to prepare and conduct joint measures. |
|---|---|

Artikel 3

Zusammenarbeit bei der Verhütung und der Bekämpfung der Betäubungsmittelkriminalität

Die Vertragsparteien werden zum Zwecke der Verhütung und der Bekämpfung von unerlaubtem Anbau, unerlaubter Herstellung, Gewinnung, Verarbeitung, Lagerung, Ein-, Aus- und Durchfuhr sowie unerlaubtem Handel mit Betäubungsmitteln sowie Grundstoffen nach Maßgabe des Artikels 5 insbesondere

1. Personalien und andere verfahrensbezogene Erkenntnisse über die an der unerlaubten Herstellung von Betäubungsmitteln sowie Grundstoffen und dem unerlaubten Handel mit diesen Substanzen beteiligten Personen, Verstecke und Transportmittel, Arbeitsweisen, Herkunfts- und Bestimmungsorte der Stoffe sowie besondere Einzelheiten eines Falles mitteilen, soweit dies für die Bekämpfung von Straftaten oder zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist,
2. auf Ersuchen kontrollierte Lieferungen und andere besondere Ermittlungsmaßnahmen im Hinblick auf den unerlaubten Handel mit Betäubungsmitteln sowie Grundstoffen durchführen und der anderen Vertragspartei die gewonnenen sachdienlichen Erkenntnisse mitteilen,
3. Informationen über gebräuchliche Methoden des illegalen grenzüberschreitenden Verkehrs von Betäubungsmitteln sowie Grundstoffen mitteilen,
4. kriminalistische und kriminologische Forschungsergebnisse zu Rauschgifthandel und -missbrauch austauschen,
5. einander Informationen über neue Suchtstoffe und andere gefährliche Stoffe sowohl pflanzlicher wie auch synthetischer Herkunft, mit welchen Missbrauch getrieben wird, zur Verfügung stellen,
6. Erfahrungen über die Überwachung des legalen Verkehrs von Betäubungsmitteln sowie Grundstoffen im Hinblick auf mögliche unerlaubte Abzweigungen austauschen,
7. gemeinsam Maßnahmen durchführen, die zur Verhinderung unerlaubter Abzweigungen aus dem legalen Verkehr erforderlich sind und über die Verpflichtungen der Vertragsparteien aufgrund der geltenden Suchtstoffübereinkommen hinausgehen,
8. gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung der unerlaubten Herstellung synthetischer Drogen durchführen,
9. im Bereich des Zeugenschutzes zusammenarbeiten.

Article 3

Cooperation to prevent and combat drug-related crime

In order to prevent and combat the unlawful cultivation, production, extraction, processing, storage, import, export or transit of or trafficking in narcotics and precursor substances, the Contracting Parties shall, in accordance with Article 5 of this Agreement, in particular

1. provide the particulars and other case-related findings about persons involved in the unlawful production of narcotics and precursor substances and the trafficking in such substances, about hiding places and means of transport, methods, places of origin and destination of substances and any particularities of a case, as far as necessary to combat crimes or to avert a substantial threat to public security which may exist in a given case;
2. conduct, upon request, controlled deliveries and other special investigation measures related to the unlawful trafficking in narcotics and precursor substances and provide the other Contracting Party with any helpful findings gathered;
3. provide information about common methods of unlawful cross-border trafficking in narcotics and precursor substances;
4. exchange forensic and criminological research results related to drug trafficking and drug abuse;
5. provide the other Contracting Party with information about new addictive or otherwise dangerous natural or synthetic substances which are abused;
6. share experience with regard to monitoring the lawful trade in narcotics and precursor substances which may be diverted unlawfully;
7. jointly carry out measures to prevent the unlawful diversion of drugs from legal trade and which go beyond the obligations of the Contracting Parties arising from applicable narcotics control conventions;
8. carry out joint measures to combat the unlawful production of synthetic drugs;
9. cooperate in the field of witness protection.

Artikel 4**Informationensuchen**

(1) Die Übermittlung von Informationen erfolgt nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts durch die nach Artikel 6 zuständigen Stellen der einen Vertragspartei auf schriftliches Ersuchen der zuständigen Stellen der anderen Vertragspartei. In dringenden Fällen kann das Ersuchen auch mündlich übermittelt werden, es muss aber unverzüglich schriftlich bestätigt werden.

(2) Das Ersuchen nach Absatz 1 erfolgt in deutscher oder englischer Sprache oder in einer anderen, von den Vertragsparteien vereinbarten Sprache und enthält

1. Angaben zum Zweck des Ersuchens;
2. die zur Erfüllung des Ersuchens erforderlichen Informationen;
3. die Angabe, welche Informationen übermittelt werden sollen;
4. die Fristen für die Erfüllung des Ersuchens, soweit dies notwendig ist.

(3) Die zuständigen Stellen jeder Vertragspartei teilen nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts den zuständigen Stellen der anderen Vertragspartei auch ohne Ersuchen Informationen mit, wenn diese für die andere Vertragspartei bei der Bekämpfung und Aufklärung von Straftaten der Organisierten und der schweren Kriminalität von Bedeutung sind.

(4) Übermittelte Informationen dürfen ohne vorherige schriftliche Zustimmung der übermittelnden Partei nicht an Dritte weitergegeben werden.

Artikel 5**Beachtung der Gesetze
und sonstigen Vorschriften der Vertragsparteien
und Verhältnis zu anderen völkerrechtlichen Verträgen**

(1) Die Zusammenarbeit der Vertragsparteien in allen in diesem Abkommen genannten Bereichen erfolgt nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts.

(2) Durch dieses Abkommen werden die aus zweiseitigen oder mehrseitigen Übereinkünften herrührenden Verpflichtungen der Vertragsparteien nicht berührt.

(3) Durch dieses Abkommen werden die innerstaatlichen Bestimmungen über die Auslieferung und die sonstige Rechtshilfe in Strafsachen sowie über die Amts- und Rechtshilfe in Fiskalsachen und sonstige in zweiseitigen und mehrseitigen Verträgen enthaltenen Verpflichtungen der Vertragsparteien nicht berührt. Dieses Abkommen ist keine Grundlage für Ersuchen zur Übermittlung von Daten oder Informationen zum Zwecke der Verwendung als Beweismittel in Strafverfahren. Daten oder Informationen, die nach diesem Abkommen übermittelt wurden, dürfen ohne die vorherige Zustimmung der übermittelnden Vertragspartei, die nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts und in Übereinstimmung mit den anwendbaren zweiseitigen oder mehrseitigen Übereinkünften über die Rechtshilfe in Strafsachen zu erteilen ist, nicht zu diesem Zweck verwendet werden.

Artikel 6**Zuständige Stellen**

(1) Zum Zwecke der Umsetzung dieses Abkommens erfolgt die Zusammenarbeit der Vertragsparteien unmittelbar zwischen den nachfolgend genannten zuständigen Stellen und von diesen jeweils benannten Experten.

1. Zuständige Stellen sind auf Seiten der Regierung der Bundesrepublik Deutschland:
 - a) das Bundesministerium des Innern;
 - b) das Bundesministerium der Finanzen;

Article 4**Information requests**

(1) Information shall be transmitted, subject to national law, by the responsible agencies of the Contracting Party in line with Article 6 of this Agreement upon a written request of the competent agencies of the other Contracting Party. In urgent cases, requests may also be made verbally; however, verbal requests must be confirmed in writing without delay.

(2) Requests in accordance with paragraph 1 above shall be made in German or in English or in another language agreed upon by the Contracting Parties, and shall contain

1. information concerning the purpose of the request;
2. the information needed to meet the request;
3. a statement as to what items of information are to be transmitted;
4. any deadlines within which the request is to be met, if necessary.

(3) The competent agencies of either Contracting Party shall, in accordance with its national law, also in the absence of a request, provide the competent agencies of the other Contracting Party with any information which may be of importance to combat or solve organized or serious crimes.

(4) Any information that has been transmitted must not be disclosed to third parties without prior written consent by the communicating Party.

Article 5**Compliance with laws
and other provisions of the Contracting Parties
and relationship to other international treaties**

(1) The cooperation between the Contracting Parties in all fields mentioned in this Agreement shall be governed by their national law.

(2) This Agreement shall not affect the obligations of the Contracting Parties arising from bilateral or multilateral agreements.

(3) This Agreement shall not affect the national regulations governing extradition, any other judicial assistance in criminal matters, administrative and judicial assistance in fiscal matters or any of the Contracting Parties' obligations arising from bilateral or multilateral agreements. This Agreement does not provide a basis for requests to communicate data or information to be used as evidence in criminal proceedings. Data or information communicated in accordance with this Agreement must not be used for mutual assistance in criminal matters without the prior consent of the communicating Contracting Party, which is to be given in accordance with national law and in compliance with any applicable bi- or multilateral agreements on mutual assistance in criminal matters.

Article 6**Competent agencies**

(1) For the purpose of implementing this Agreement, cooperation between the Contracting Parties shall take place directly between the agencies referred to below and through experts designated by them.

1. For the Government of the Federal Republic of Germany, the competent agencies are:
 - a) the Federal Ministry of the Interior (*Bundesministerium des Innern*);
 - b) the Federal Ministry of Finance (*Bundesministerium der Finanzen*);

- c) das Bundesministerium für Gesundheit;
 - d) das Bundeskriminalamt;
 - e) das Bundespolizeipräsidium;
 - f) das Zollkriminalamt;
 - g) das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte.
2. Zuständige Stellen sind auf Seiten der Regierung der Republik Kosovo:
- a) das Ministerium des Innern der Republik Kosovo;
 - b) das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen der Republik Kosovo;
 - c) das Ministerium für Gesundheit der Republik Kosovo;
 - d) die Polizei der Republik Kosovo;
 - e) der Zoll der Republik Kosovo.
- (2) Die Vertragsparteien zeigen einander auf diplomatischem Weg Änderungen der Zuständigkeiten oder Bezeichnungen der Behörden an, die dieses Abkommen durchführen.

Artikel 7

Konsultationen, Durchführungsprotokoll

Die Vertragsparteien halten bei Bedarf nach Vereinbarung Konsultationen zum Zwecke der Wirksamkeit der Zusammenarbeit nach den Artikeln 1 bis 4 ab. Einzelheiten und Verfahren der in den Artikeln 1 bis 4 vereinbarten Zusammenarbeit können in einem gesonderten Durchführungsprotokoll festgelegt werden.

Artikel 8

Schutz personenbezogener Daten

Unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts jeder Vertragspartei erfolgen Übermittlung und Verwendung von personenbezogenen Daten, im Weiteren Daten genannt, im Rahmen dieses Abkommens durch die in Artikel 6 genannten Stellen der Vertragsparteien nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die empfangende Stelle einer Vertragspartei unterrichtet die übermittelnde Stelle der anderen Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu den in diesem Abkommen bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zur Verhütung und Ermittlung von schwerwiegenden Straftaten sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit zulässig.
3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung unverzüglich vorzunehmen.
4. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Daten sowie über deren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Sein Recht auf Auskunftserteilung richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht der

- c) the Federal Ministry of Health (*Bundesministerium für Gesundheit*);
 - d) the Federal Criminal Police Office (*Bundeskriminalamt*);
 - e) the Federal Police Headquarters (*Bundespolizeipräsidium*);
 - f) the Central office of the German customs investigation service (*Zollkriminalamt*);
 - g) the Federal Institute for Drugs and Medical Devices (*Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte*).
2. For the Government of the Republic of Kosovo, the competent agencies are:
- a) the Ministry of Internal Affairs of the Republic of Kosovo;
 - b) the Ministry of Economy and Finance of the Republic of Kosovo;
 - c) the Ministry of Health of the Republic of Kosovo;
 - d) the Police of the Republic of Kosovo;
 - e) the Customs of the Republic of Kosovo.
- (2) The Contracting Parties shall notify each other through diplomatic channels of any changes in competencies or designation of the public authorities responsible for implementing this Agreement.

Article 7

Consultations, Implementing Protocol

If necessary, the Contracting Parties shall hold consultations to make cooperation under Articles 1 to 4 of this Agreement effective. Details and proceedings with regard to cooperation under Articles 1 to 4 may be laid down in a separate Implementing Protocol.

Article 8

Protection of personal data

In compliance with the national law of each Contracting Party, personal data, hereinafter referred to as "data", shall be communicated and used in the framework of this Agreement by the agencies of the Contracting Parties referred to in Article 6 of this Agreement in accordance with the following provisions:

1. The receiving agency of one Contracting Party shall, upon request, notify the communicating agency of the other Contracting Party as to how the data are to be used and of any results achieved.
2. The receiving agency shall use the data only for the purposes set forth in this Agreement and on the terms specified by the communicating agency. Furthermore, it shall be permissible to use any such data for the prevention and investigation of serious criminal offences and for the purpose of averting serious danger to public security.
3. The communicating agency has an obligation to ensure that the data to be communicated are accurate, and that the purpose of the data communication is both necessary and appropriate. In so doing, it shall respect any bans on data communication applicable under the relevant national law. The data shall not be communicated if the communicating agency has any grounds to assume that doing so could violate national law or harm the interests of the persons concerned which are worthy of protection. If it becomes evident that data have been communicated that are inaccurate or may not be communicated, the receiving agency must be informed thereof immediately. The receiving agency must correct or delete the data without delay.
4. Upon request, the data subject shall be provided with information about the data communicated with regard to him/her and about the intended use of such data. His or her right to information shall be based on the national law of the Con-

Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird. Die Erteilung einer solchen Auskunft kann verweigert werden, wenn das Interesse des Staates, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Antragstellers überwiegt.

5. Wird jemand im Zusammenhang mit Datenübermittlungen nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, so ist ihm die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Sie kann sich gegenüber dem Geschädigten nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig oder unzulässigerweise übermittelten Daten verursacht wurde, erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.
6. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung von Daten auf die nach ihrem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Fristen für die Aufbewahrung dieser Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssen. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang der Daten aktenkundig zu machen.
8. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 9

Entsendung von Verbindungsbeamten

(1) Eine Vertragspartei kann bei Bedarf mit Zustimmung der anderen Vertragspartei zu deren Polizeibehörden Verbindungsbeamte entsenden.

(2) Die Verbindungsbeamten werden ohne selbständige Wahrnehmung hoheitlicher Befugnisse unterstützend und beratend tätig. Sie erteilen Informationen und erledigen ihre Aufgaben im Rahmen der Weisungen der entsendenden Vertragspartei unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts der empfangenden Vertragspartei.

Artikel 10

Sicherheit von Reisedokumenten

Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Fälschungssicherheit ihrer Reisedokumente auf höchstem Niveau zu gewährleisten. Sie werden ihre Reisedokumente hinsichtlich der Einhaltung der von der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) empfohlenen Mindestsicherheitsstandards für maschinenlesbare Reisedokumente überprüfen und gegebenenfalls notwendige Anpassungen so kurzfristig wie möglich vornehmen. Außerdem werden sie die notwendigen technischen Entwicklungsarbeiten vorantreiben, um biometrische Merkmale in ihre jeweiligen Reisedokumente aufzunehmen, soweit nicht bereits geschehen. Beide Vertragsparteien unterstützen die Standardisierungsbemühungen der ICAO unter Berücksichtigung der diesbezüglichen Empfehlungen. Die Vertragsparteien werden einander über die für ihre jeweiligen Reisedokumente getroffenen Maßnahmen unterrichten.

Artikel 11

Grenzen der Zusammenarbeit

Jede Vertragspartei kann die Zusammenarbeit nach diesem Abkommen ganz oder teilweise verweigern oder von Bedingungen abhängig machen, wenn die Zusammenarbeit

1. ihre Souveränität, ihre Sicherheit oder andere wesentliche Interessen beeinträchtigt,

tracting Party in whose territory the request for information has been filed. Such information may be refused if the interests of the party requesting the information are outweighed by the interests of the state in refusing to provide the information.

5. The receiving agency shall be obliged to pay compensation in accordance with its national law to any person suffering unlawful damage in connection with data communicated pursuant to this Agreement. It may not plead that the damage was caused by the communicating agency. If the receiving agency compensates for damages caused by the use of improperly or unlawfully communicated data, the communicating agency shall reimburse the receiving agency for the total amount of compensation paid.
6. When communicating data, the communicating agency shall indicate any time limits for the retention of these data in accordance with its national law, after which time the data must be deleted. Irrespective of these time limits, the data communicated shall be deleted as soon as they are no longer required for the purpose for which they were communicated.
7. The communicating and the receiving agencies are obligated to keep a written record of the communication and receipt of personal data.
8. The communicating agency and the receiving agency have an obligation to ensure that the data communicated are effectively protected against unauthorized access, unauthorized modification or unauthorized disclosure.

Article 9

Secondment of liaison officers

(1) A Contracting Party may second liaison officers to the police authorities of the other Contracting Party, provided the latter has given its consent.

(2) Such liaison officers shall assist and provide advice, without exercising sovereign powers independently. They shall provide information and discharge their tasks as instructed by the seconding Contracting Party, complying with the national law of the receiving Contracting Party.

Article 10

Security of travel documents

The Contracting Parties undertake to guarantee the highest level of protection of travel documents against forgery. They shall review them for compliance with the minimum security standards for machine-readable travel documents recommended by ICAO, and, where necessary, adapt them as soon as possible. They shall also advance the necessary technical developments in order to incorporate biometric features into their respective travel documents, if they have not already done so. The Contracting Parties shall support ICAO's standardization efforts, taking into account the relevant ICAO recommendations. The Contracting Parties shall inform one another about the measures taken with regard to their own travel documents.

Article 11

Limits of cooperation

Either Contracting Party may refuse cooperation under this Agreement in part or entirely, or make it conditional on specific requirements, if such cooperation

1. impairs its sovereignty, security or other important interests,

2. im Widerspruch zu ihren innerstaatlichen Gesetzen steht,
3. ihre Ermittlungen oder laufenden Maßnahmen gefährdet,
4. einer in ihrem Hoheitsgebiet erlassenen richterlichen Anordnung widerspricht,
5. sich auf eine Handlung bezieht, die nach den Gesetzen einer der beiden Vertragsparteien keine strafbare Handlung ist.

Die die Zusammenarbeit ablehnende Vertragspartei hat die ersuchende Vertragspartei über die der Ablehnung zugrunde liegenden Gründe schriftlich zu informieren.

2. is in conflict with its national laws,
3. jeopardizes its investigations or current measures,
4. is in conflict with a court order handed down in its territory,
5. is related to an activity which is not punishable under the laws of either Contracting Party.

The Contracting Party refusing to cooperate shall inform the requesting Contracting Party in writing of the reasons for such refusal.

Artikel 12

Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander auf diplomatischem Wege schriftlich mitgeteilt haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

Artikel 13

Geltungsdauer

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann von jeder Vertragspartei auf diplomatischem Wege schriftlich gekündigt werden. Das Abkommen tritt drei Monate nach Zugang der Kündigung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft.

Artikel 14

Registrierung

Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland veranlasst.

Geschehen zu Berlin am 14. April 2010 in zwei Urschriften, jede in deutscher, albanischer, serbischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen, des albanischen und des serbischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Article 12

Entry into force

This Agreement shall enter into force on the date on which the Contracting Parties notify each other in writing through diplomatic channels that the national requirements for entry into force have been fulfilled. The relevant date shall be the day on which the last notification was received.

Article 13

Duration

This Agreement shall be concluded for an unlimited period of time. It may be terminated by either Contracting Party in writing through diplomatic channels. This Agreement shall expire three months after the receipt of the notice of termination by the other Contracting Party.

Article 14

Registration

Registration of this Agreement with the Secretariat of the United Nations pursuant to Article 102 of the Charter of the United Nations shall be initiated by the Government of the Federal Republic of Germany immediately following its entry into force.

Done at Berlin on 14 April 2010 in duplicate in the German, Albanian, Serbian, and English languages, all texts being authentic. In case of divergent interpretations of the German, Albanian and Serbian texts, the English text shall prevail.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany

P. Ammon
Thomas de Maizière

Für die Regierung der Republik Kosovo
For the Government of the Republic of Kosovo

Rexhepi

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 30. August 2010
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und dem Ministerkabinett der Ukraine
über die Zusammenarbeit im Bereich der Bekämpfung
der Organisierten Kriminalität, des Terrorismus
und anderer Straftaten von erheblicher Bedeutung**

Vom 3. Mai 2012

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 30. August 2010 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerkabinett der Ukraine über die Zusammenarbeit im Bereich der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, des Terrorismus und anderer Straftaten von erheblicher Bedeutung wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 13 Absatz 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 3. Mai 2012

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister des Innern
Hans-Peter Friedrich

Der Bundesminister des Auswärtigen
Guido Westerwelle

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und dem Ministerkabinet der Ukraine
über die Zusammenarbeit im Bereich der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität,
des Terrorismus und anderer Straftaten von erheblicher Bedeutung

Угода
між Урядом Федеративної Республіки Німеччина
та Кабінетом Міністрів України
про співробітництво у сфері боротьби з організованою злочинністю,
тероризмом та іншими злочинами середньої тяжкості, тяжкими та
особливо тяжкими злочинами

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
das Ministerkabinet der Ukraine
(im Folgenden „die Vertragsparteien“) –

Уряд Федеративної Республіки Німеччина
та
Кабінет Міністрів України
(далі „Договірні Сторони“) –

getragen von dem gemeinsamen Willen, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine weiter zu festigen und die beiderseitige Zusammenarbeit auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung, der Souveränität, der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Verständnisses und zum beiderseitigen Wohle zu verstärken;

eingedenk der großen Bedeutung der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des internationalen Terrorismus und seiner Finanzierung;

geleitet von dem Bestreben, die Bürger ihrer Staaten und andere Personen in ihrem Hoheitsgebiet unter Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze wirksam vor terroristischen und sonstigen kriminellen Handlungen zu schützen;

eingedenk der Ziele und Prinzipien der völkerrechtlichen Übereinkünfte, deren Unterzeichner die beiden Vertragsparteien sind, der Resolutionen der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung sowie der Konventionen des Europarates, die in den beiden Vertragsstaaten in Kraft getreten sind –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand der Zusammenarbeit

(1) Die Vertragsparteien arbeiten nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts bei der Verhütung und der Bekämpfung von Straftaten von erheblicher Bedeutung, insbesondere in den nachstehenden Bereichen zusammen:

- a) Straftaten gegen das Leben, den Körper, die Gesundheit und die persönliche Freiheit sowie das Eigentum;
- b) Terrorismus und Terrorismusfinanzierung;
- c) Menschenhandel und Schleusungskriminalität;
- d) Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung;
- e) Straftaten unter Nutzung von Computern, rechnergestützten Systemen und Computernetzen;

керуючись спільною волею зміцнювати в подальшому дружні стосунки між Федеративною Республікою Німеччина та Україною, двостороннє співробітництво на основі взаємоповаги, суверенітету, рівноправності, взаєморозуміння за для взаємного блага,

усвідомлюючи велике значення співробітництва та спільних заходів, спрямованих на запобігання та боротьбу з організованою злочинністю, міжнародним тероризмом та його фінансуванням,

керуючись прагненням ефективно та дотримуючись принципів правової держави захищати громадян своїх держав та інших осіб від терористичних та інших злочинних дій на територіях своїх держав,

усвідомлюючи мету та принципи міжнародних договорів, підписаних обома Договірними Сторонами цієї Угоди, резолюцій Організації Об'єднаних Націй та її спеціальних організацій у сфері боротьби зі злочинністю, а також конвенцій Ради Європи, які набрали чинності для держав обох Договірних Сторін –

домовились про таке:

Стаття 1

Мета співробітництва

(1) Договірні Сторони відповідно до національного законодавства своїх держав здійснюють співробітництво у запобіганні та боротьбі зі злочинами середньої тяжкості, тяжкими та особливо тяжкими злочинами, зокрема в наступних сферах:

- a) злочини проти життя, здоров'я, особистої свободи особи та власності;
- b) тероризм та його фінансування;
- c) торгівля людьми та організація незаконного переправлення осіб через державний кордон;
- d) злочини проти статевої свободи та статевої недоторканості особи;
- e) злочини в сфері використання комп'ютерів, автоматизованих систем та комп'ютерних мереж;

- | | |
|---|---|
| <p>f) unerlaubter Anbau, unerlaubte Herstellung, Gewinnung, Verarbeitung, Lagerung, Ein-, Aus- und Durchfuhr von sowie unerlaubter Handel mit Betäubungsmitteln (Suchtstoffe, psychotrope Stoffe) sowie Grundstoffen;</p> <p>g) unerlaubte Herstellung, Aufbewahrung, Handel sowie Schmuggel mit Waffen, Munition und Sprengstoffen, nuklearen und radioaktiven sowie chemischen und biologischen Materialien;</p> <p>h) Herstellung und Verbreitung von Falschgeld;</p> <p>i) unerlaubter Handel mit Gütern von kultureller und historischer Bedeutung;</p> <p>j) Fälschung oder Verfälschung oder Verwendung von ge- oder verfälschten unbaren Zahlungsmitteln, Wertpapieren und Urkunden;</p> <p>k) Schmuggel von Waren;</p> <p>l) Geldwäsche;</p> <p>m) Korruption;</p> <p>n) Straftaten im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Verschiebung von Kraftfahrzeugen;</p> <p>o) Umweltdelikte;</p> <p>p) Straftaten gegen das geistige Eigentum;</p> <p>q) Straftaten im Zusammenhang mit Arzneimitteln;</p> <p>r) Straftaten im Zusammenhang mit Reise- und Identitätsdokumenten.</p> | <p>f) незаконне вирощування, виробництво, видобування, зберігання, переробка, незаконне ввезення, вивезення, транзит наркотичних засобів, психотропних речовин та їх прекурсорів, а також незаконна торгівля ними;</p> <p>g) незаконне виробництво, зберігання, торгівля, а також контрабанда зброї, боєприпасів, вибухівки, ядерних, радіоактивних, хімічних і біологічних речовин;</p> <p>h) виготовлення та розповсюдження підробленої національної валюти держав Договірних Сторін чи іноземної валюти;</p> <p>i) незаконний обіг історичних та культурних цінностей;</p> <p>j) підробка безготівкових платіжних засобів, цінних паперів та офіційних документів, а також їх використання;</p> <p>k) контрабанда товарів;</p> <p>l) легалізація (відмивання) доходів, одержаних злочинним шляхом;</p> <p>m) корупція (злочини у сфері службової діяльності);</p> <p>n) злочини, пов'язані з транскордонним переміщенням автомобілів та мотоциклів;</p> <p>o) злочини проти довкілля;</p> <p>p) злочини проти інтелектуальної власності;</p> <p>q) злочини пов'язані з лікарськими засобами;</p> <p>r) злочини, пов'язані з паспортними, проїзними та ідентифікаційними документами.</p> |
|---|---|

(2) Die Vertragsparteien arbeiten insbesondere in den Fällen zusammen, in denen kriminelle Handlungen oder Vorbereitungen zu solchen Handlungen im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien begangen werden und es Anzeichen dafür gibt, dass diese Handlungen auch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei betreffen oder deren Sicherheit bedrohen können.

(3) Durch dieses Abkommen werden die innerstaatlichen Bestimmungen über die Auslieferung und die sonstige Rechtshilfe in Strafsachen sowie über die Amts- und Rechtshilfe in Fiskalsachen und sonstige in zweiseitigen oder mehrseitigen Verträgen enthaltene Verpflichtungen der Vertragsparteien nicht berührt. Dieses Abkommen stellt keine Grundlage für Ersuchen zur Übermittlung von Daten oder Informationen zum Zwecke der Verwertung als Beweismittel in einem gerichtlichen Verfahren in strafrechtlichen Angelegenheiten dar. Daten oder Informationen, die auf Grundlage dieses Abkommens übermittelt wurden, dürfen nicht für diese Zwecke ohne vorherige schriftliche Zustimmung der übermittelnden Vertragspartei in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht und sonstigen in zwei- und mehrseitigen Verträgen enthaltenen Verpflichtungen zur Rechtshilfe in Strafsachen verwendet werden.

Artikel 2

Zuständige Stellen

(1) Zum Zweck der Durchführung dieses Abkommens erfolgt die Zusammenarbeit der Vertragsparteien zwischen den nachfolgend genannten Stellen in deren Zuständigkeitsbereich:

1. Auf Seiten der Regierung der Bundesrepublik Deutschland:
 - a) Bundesministerium des Innern,
 - b) Bundesministerium der Finanzen,
 - c) Bundesministerium für Gesundheit,
 - d) Bundeskriminalamt,
 - e) Bundespolizeipräsidium,
 - f) Zollkriminalamt,

(2) Договірні Сторони особливо співробітничать у випадках, коли злочини вчинено або готування до їх вчинення здійснюється на території держави однієї із Договірних Сторін і є підстави вважати, що ці злочини може бути продовжено на території держави іншої Договірної Сторони або вони можуть загрожувати її безпеці.

(3) Ця Угода не зачіпає положень національного законодавства держав Договірних Сторін, що регулюють екстрадицію, будь-яку іншу правову допомогу в кримінальних справах, а також адміністративну та правову допомогу в фіскальних питаннях та будь-які зобов'язання Договірних Сторін, що випливають із інших двосторонніх або багатосторонніх договорів. Ця Угода не надає підстав для запиту про передачу даних або інформації з метою використання як доказу в судовому провадженні у кримінальній справі. Дані та інформація, передані на підставі цієї Угоди, не повинні використовуватися для таких цілей без попередньої письмової згоди Договірної Сторони, що надала інформацію, відповідно до національного законодавства її держави та інших зобов'язань, що випливають із міжнародних договорів про правову допомогу в кримінальних справах, учасниками яких є одна або обидві держави Договірних Сторін.

Стаття 2

Компетентні органи

(1) З метою виконання цієї Угоди здійснюється співробітництво Договірних Сторін між зазначеними нижче компетентними органами в межах їхньої компетенції:

1. з боку Уряду Федеративної Республіки Німеччина:
 - a) Федеральне міністерство внутрішніх справ;
 - b) Федеральне міністерство фінансів;
 - c) Федеральне міністерство охорони здоров'я;
 - d) Федеральне відомство кримінальної поліції;
 - e) Президія федеральної поліції;
 - f) Відомство митної кримінальної служби;

- g) Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte.
2. Auf Seiten des Ministerkabinetts der Ukraine:
- a) Innenministerium,
 - b) Staatliches Komitee für die Fragen der Drogenkontrolle,
 - c) Sicherheitsdienst,
 - d) Verwaltung des Staatlichen Grenzschutzdienstes,
 - e) Staatszolldienst,
 - f) Staatssteuerverwaltungsamt,
 - g) Staatliches Komitee des Finanzmonitorings.

(2) Die Vertragsparteien tauschen nach Inkrafttreten dieses Abkommens Angaben zu Anschriften, Telefon- und Faxnummern der genannten Stellen sowie sonstige für die Durchführung dieses Abkommens erforderliche Angaben aus.

(3) Die Vertragsparteien zeigen einander auf diplomatischem Weg Änderungen der Zuständigkeiten oder Bezeichnungen der Stellen an, die dieses Abkommen durchführen.

Artikel 3

Formen der Zusammenarbeit

Zum Zwecke der Zusammenarbeit werden die Vertragsparteien nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts sowie im Rahmen ihrer Möglichkeiten insbesondere

- a) Informationen über in Artikel 1 dieses Abkommens bezeichnete begangene oder konkret geplante Straftaten ebenso wie über kriminelle Organisationen, deren Strukturen und Verbindungen sowie die Mittel und die Methoden ihrer Tätigkeit austauschen, soweit dies für die Verhütung oder Aufklärung von Straftaten von erheblicher Bedeutung oder zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist;
- b) auf Ersuchen die nach dem Recht der jeweils ersuchten Vertragspartei zulässigen Maßnahmen zur Verhütung und Aufklärung von Straftaten nach diesem Abkommen durchführen, wobei sie dazu die Anwesenheit von Vertretern der zuständigen Stellen der anderen Vertragspartei als Beobachter bei der Durchführung solcher Maßnahmen gestatten können; eine Mitwirkung der Vertreter an operativen Maßnahmen ist nicht zulässig;
- c) gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe f bezeichneten Handlungen durchführen und diesbezügliche Erfahrungen austauschen;
- d) auf Ersuchen einer der Vertragsparteien kontrollierte Lieferungen zur Bekämpfung von Straftaten im Hinblick auf die in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe f bezeichneten Handlungen und des Schmuggels von Tabakprodukten durchführen und die andere Vertragspartei durch enge Zusammenarbeit auch bei den damit verbundenen Finanzermittlungen unterstützen;
- e) einander auf Ersuchen einer der Vertragsparteien Muster von Gegenständen, Stoffen sowie von Reise-, Identitäts- und Fahrzeugdokumenten, die aus Straftaten erlangt oder für diese verwendet wurden oder werden können, zur Verfügung stellen;
- f) Forschungsergebnisse, insbesondere in den Bereichen der Kriminologie, Kriminalistik und der Kriminaltechnik, austauschen;
- g) Erfahrungen im Bereich der Nutzung technischer Mittel und moderner Technologien bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Terrorismus und anderer Straftaten von

- g) Федеральний інститут лікарських засобів та медичної продукції.

2. з боку Кабінету Міністрів України:

- a) Міністерство внутрішніх справ;
- b) Державний комітет з питань контролю за наркотиками;
- c) Служба безпеки;
- d) Адміністрація Державної прикордонної служби;
- e) Державна митна служба;
- f) Державна податкова адміністрація;
- g) Державний комітет фінансового моніторингу.

(2) Після набрання чинності цією Угодою Договірні Сторони обмінюються адресами, номерами телефонів та факсів вищевказаних органів, а також іншою інформацією, необхідною для виконання цієї Угоди.

(3) Договірні Сторони сповіщають одна одну дипломатичними каналами про будь-які зміни в компетенції або назвах органів державної влади, відповідальних за виконання цієї Угоди.

Стаття 3

Форми співробітництва

З метою здійснення співробітництва в межах національного законодавства та можливостей своїх держав Договірні Сторони будуть:

- a) Обмінюватися інформацією про злочини, що вчинені або готуються, вказані в статті 1 цієї Угоди, про організовані злочинні групи або злочинні організації, їхню структуру та зв'язки, про засоби та методи їхньої діяльності, наскільки це необхідно для запобігання або розкриття злочинів середньої тяжкості, тяжких та особливо тяжких злочинів, або відвернення існуючої в окремому випадку серйозної загрози громадській безпеці.
- b) На запит однієї із Договірних Сторін вживати заходів у відповідності до національного законодавства держави Договірної Сторони, до якої звернено запит, з метою запобігання та розкриття злочинів згідно з цією Угодою. При цьому Договірні Сторони можуть дозволити присутність представників компетентних органів іншої Договірної Сторони у якості спостерігача при проведенні таких заходів. Участь представників в оперативних заходах не допускається.
- c) Вживати спільних заходів для боротьби зі злочинами, передбаченими підпунктом f пункту 1 статті 1 цієї Угоди, а також обмінюватися досвідом у цій сфері.
- d) За клопотанням однієї з Договірних Сторін для боротьби зі злочинами, передбаченими підпунктом f пункту 1 статті 1 цієї Угоди, а також контрабандою тютюнових виробів, здійснювати контрольовані поставки та надавати іншій Договірній Стороні допомогу шляхом тісного співробітництва та у пов'язаних з цим фінансових розслідуваннях.
- e) На запит надавати іншій Договірній Стороні зразки предметів та речовин, а також реєстраційних документів на автомобілі та мотоцикли, паспортів, проїзних та ідентифікаційних документів, вилучених при скоєнні злочину, або таких, що використовувалися або можуть бути для цього використані.
- f) Обмінюватися результатами досліджень, зокрема в сферах кримінології, криміналістики та криміналістичної техніки.
- g) Здійснювати обмін досвідом щодо використання сучасних технічних засобів та новітніх технологій у боротьбі з організованою злочинністю, тероризмом та

erheblicher Bedeutung austauschen;

- h) bei Bedarf und nach Möglichkeit Verbindungsbeamte entsenden;
- i) bei Bedarf und nach Möglichkeit andere Maßnahmen ergreifen, die den Zielen dieses Abkommens und Verpflichtungen aus anderen für beide Staaten verbindlichen völkerrechtlichen Übereinkommen entsprechen.

Artikel 4

Aus- und Fortbildung

(1) Die Vertragsparteien unterstützen einander im Bereich Aus- und Fortbildung, im Rahmen ihrer Möglichkeiten insbesondere durch:

- a) Durchführung von gemeinsamen Seminaren, Übungen und Trainingskursen;
- b) Fortbildung von Fachleuten.

(2) Die Vertragsparteien unterstützen darüber hinaus den Austausch von Erfahrungen und Kenntnissen bezüglich der Bekämpfung organisierter Kriminalität und des Terrorismus.

Artikel 5

Koordination

Die jeweils zuständigen Stellen der Vertragsparteien ergreifen anlassbezogen und lageabhängig unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts die erforderlichen Maßnahmen zwecks:

- a) Fahndung nach Personen und Gegenständen, einschließlich die Durchführung von Maßnahmen, die auf die Aufdeckung und Beschlagnahme von Vermögen gerichtet sind;
- b) Gewährleistung des Schutzes von Zeugen, Geschädigten und anderen Personen zur Abwehr von Gefahren für Leib und Leben oder anderer erheblicher Gefahren, die mit dem jeweiligen Ermittlungsverfahren verbunden sind;
- c) Planung und Umsetzung gemeinsamer Programme zur Kriminalitätsprävention.

Artikel 6

Umsetzung der Zusammenarbeit

(1) Die Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens erfolgt in deutscher oder ukrainischer Sprache, jeweils mit englischer Übersetzung, sofern im Einzelfall nichts anderes vereinbart ist.

(2) Ersuchen um Auskunft oder um Unterstützung nach diesem Abkommen werden von den in Artikel 2 genannten zuständigen Stellen unmittelbar schriftlich übermittelt. In dringenden Fällen kann das Ersuchen auch mündlich übermittelt werden; es muss aber unverzüglich, spätestens innerhalb von zehn Tagen, schriftlich bestätigt werden.

(3) Ersuchen um Auskunft oder Unterstützung müssen Folgendes beinhalten:

- a) die Bezeichnung der ersuchenden und der ersuchten Stelle;
- b) den Zweck des Ersuchens sowie die zu dessen Erfüllung erforderlichen Angaben;
- c) die Fragestellungen, deren Beantwortung ersucht wird;
- d) die Frist, innerhalb derer eine Beantwortung der Anfrage erbeten wird.

Artikel 7

Nichterfüllung eines Ersuchens

(1) Jede Vertragspartei kann die Erfüllung eines Ersuchens nach diesem Abkommen ganz oder teilweise verweigern oder sie

іншими злочинами середньої тяжкості, тяжкими та особливо тяжкими злочинами.

- h) За потребою та при можливості направляти уповноважених представників.

- i) За потребою та при можливості вживати інших заходів, які відповідають цілям цієї Угоди та зобов'язанням, що випливають з міжнародних договорів, які є обов'язковими для обох держав Договірних Сторін.

Стаття 4

Підготовка кадрів та підвищення кваліфікації

(1) Договірні Сторони надають одна одній у межах їхніх можливостей підтримку у сфері підготовки кадрів та підвищення кваліфікації, особливо шляхом:

- a) проведення спільних семінарів, навчань та тренувальних курсів;
- b) підвищенні кваліфікації спеціалістів;

(2) Договірні Сторони також підтримують одна одну в обміні досвідом та знаннями у сфері боротьби з організованою злочинністю та тероризмом.

Стаття 5

Координація

Компетентні органи держав Договірних Сторін відповідно до національного законодавства вживають при наявності підстав та відповідно до ситуації всіх необхідних заходів з метою:

- a) розшуку осіб і предметів, включаючи проведення заходів, спрямованих на виявлення та конфіскацію майна;
- b) забезпечення захисту свідків, потерпілих та інших осіб з метою відвернення загрози життю і здоров'ю або іншої серйозної загрози, яка пов'язана з провадженням у кримінальній справі;
- c) планування і реалізації спільних програм щодо запобігання злочинності.

Стаття 6

Здійснення співробітництва

(1) В рамках цієї Угоди співробітництво здійснюється німецькою, українською мовами, щоразу з перекладом англійською, якщо Договірні Сторони в окремому випадку не домовились про інше.

(2) Запити про надання інформації або допомоги в рамках цієї Угоди подаються у письмовій формі безпосередньо компетентними органами, зазначеними у статті 2 цієї Угоди. У невідкладних випадках допускається усна форма запиту. Такий запит повинен негайно, не пізніше 10 днів бути підтверджений письмово.

(3) У запиті про надання інформації або допомоги зазначається:

- a) найменування запитуючого компетентного органу та запитуваного компетентного органу;
- b) мета запиту та дані, необхідні для його виконання;
- c) перелік питань, на які необхідно одержати відповідь;
- d) бажані терміни відповіді на запит.

Стаття 7

Невиконання запиту

(1) Кожна з Договірних Сторін може відмовитись повністю або частково від виконання запиту за цією Угодою, або

von Bedingungen oder Auflagen abhängig machen, wenn die Erfüllung dieses Ersuchens ihre Souveränität, ihre Sicherheit, ihre öffentliche Ordnung (ordre public) oder andere wesentliche Interessen des Staates beeinträchtigen kann oder wenn es ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften widerspricht.

(2) Die Unterstützung kann auch verweigert werden, wenn die Handlung, derentwegen das Ersuchen erging, nach dem innerstaatlichen Recht der ersuchten Vertragspartei keine strafbare Handlung ist.

(3) Die ersuchende Vertragspartei wird über die Weigerung, dem Ersuchen nachzukommen, schriftlich unterrichtet. In der Regel werden die Gründe der Weigerung angegeben.

Artikel 8

Schutz vertraulicher Informationen

(1) Übermittlung und Schutz vertraulicher Informationen richten sich nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragsparteien. Informationen, die nach Maßgabe dieses Abkommens eingehen, werden auf Bitte der übermittelnden Stelle von der anderen Vertragspartei vertraulich behandelt. Der Grund für eine solche Bitte ist in der Regel anzugeben.

(2) Übermittlung und Schutz von Verschlusssachen bei der Erfüllung dieses Abkommens erfolgen gemäß dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerkabinett der Ukraine über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen vom 29. Mai 1998.

(3) Die Weitergabe von Informationen, die im Rahmen dieses Abkommens erlangt wurden, an Dritte ohne schriftliche Zustimmung der übermittelnden Vertragspartei ist untersagt.

Artikel 9

Personenbezogene Daten

Unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts jeder Vertragspartei erfolgen Übermittlung und Verwendung personenbezogener Daten, im Weiteren „Daten“ genannt, im Rahmen dieses Abkommens durch die in Artikel 2 genannten Stellen der Vertragsparteien nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

- a) Die empfangende Stelle einer Vertragspartei unterrichtet die übermittelnde Stelle der anderen Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- b) Die Verwendung der Daten durch die empfangende Stelle ist nur zu den in diesem Abkommen bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zur Verhütung und Ermittlung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr erheblicher Gefahren für die öffentliche Sicherheit zulässig.
- c) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden.
- d) Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht hätten übermittelt werden dürfen, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Sie ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung unverzüglich vorzunehmen.
- e) Einer betroffenen Person ist auf Antrag über die zu ihr vorhandenen Daten sowie über deren vorgesehenen Verwen-

obumoviti чи обмежити його виконання, якщо його виконання може завдати шкоди суверенітету, безпеці, громадському порядку, іншим важливим інтересам держави, або запит суперечить національному законодавству її держави.

(2) У допомозі може бути також відмовлено у випадку, коли дія, пов'язана з запитом, не є кримінально караним діянням відповідно до національного законодавства держави запитуваної Договірної Сторони.

(3) Запитуюча Договірна Сторона повідомляється письмово про відмову задовольнити запит. Як правило зазначаються причини відмови.

Стаття 8

Захист конфіденційної інформації

(1) Захист і передача конфіденційної інформації здійснюється відповідно до національного законодавства держав Договірних Сторін. Інформація, яка надходить в рамках цієї Угоди, на прохання Договірної Сторони, яка таку інформацію направила, буде зберігатися іншою Договірною Стороною як конфіденційна. Підстави такого прохання як правило зазначаються.

(2) Взаємний захист і передача таємної інформації здійснюється відповідно до положень Угоди між Урядом Федеративної Республіки Німеччина і Кабінетом Міністрів України про взаємний захист таємної інформації від 29 травня 1998 року.

(3) Інформація, отримана в рамках цієї Угоди, не може бути розголошена третій стороні без надання письмової згоди Договірної Сторони, яка її надала.

Стаття 9

Персональні дані

У відповідності до національного законодавства держави кожної Договірної Сторони персональні дані, що надалі іменуються „даними“, надаються та використовуються в рамках цієї Угоди компетентними органами Договірних Сторін, вказаними в статті 2, відповідно до наступних положень:

- a) Компетентний орган Договірної Сторони, який отримує дані, повідомляє на прохання компетентному органу іншої Договірної Сторони, який дані передає, про їх використання і отримані при цьому результати.
- b) Компетентний орган, який отримує дані, використовує їх лише з метою, визначеною цією Угодою, та з дотримання умов, встановлених компетентним органом, який їх надає. Ці дані дозволяється також використовувати з метою запобігання або розслідування злочинів середньої тяжкості, тяжких та особливо тяжких злочинів, а також з метою захисту від значних загроз національній безпеці.
- c) Компетентний орган, який передає дані, зобов'язаний забезпечувати достовірність даних, що підлягають передачі, а також зважати на їхню необхідність та відповідність меті цієї передачі. При цьому слід дотримуватися заборон щодо передачі даних, встановлених національним законодавством. Передача даних не відбувається у разі, якщо компетентний орган, який передає дані, має підстави вважати, що це суперечить цілям національного законодавства, або завдасть шкоди гідним захисту інтересам особи, якої ці дані стосуються.
- d) У випадку передачі недостовірних даних або даних, які передачі не підлягали, необхідно негайно поінформувати про це компетентний орган, який їх отримав. В цьому випадку компетентний орган, який такі дані отримав, повинен негайно їх виправити або знищити.
- e) Особі, якої це стосується, на підставі її заяви надається інформація щодо даних, які були передані стосовно цієї

dungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung im Einzelfall ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse der betroffenen Person an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht der betroffenen Person, über die zu ihrer Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

- f) Wird jemand im Zusammenhang mit Datenübermittlungen aufgrund dieses Abkommens rechtswidrig geschädigt, ist die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Sie kann sich gegenüber dem Geschädigten nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung unrichtig oder unzulässigerweise übermittelter Daten verursacht wurde, erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.
- g) Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung von Daten auf die nach ihrem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Fristen für die Aufbewahrung dieser Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssen. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- h) Die übermittelnde und die empfangende Stelle stellen sicher, dass die Übermittlung und der Empfang der Daten aktenkundig gemacht werden.
- i) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 10

Expertentreffen

Die Vertragsparteien treffen sich bei Bedarf zur Bewertung der Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens, zur Evaluierung der Qualität der Zusammenarbeit und zur Erörterung neuer Strategien und der Weiterentwicklung zukünftiger Zusammenarbeit.

Artikel 11

Kosten

Die mit der Erledigung eines Ersuchens verbundenen Kosten trägt die ersuchte Vertragspartei. Kostenübernahmen, die mit Fortbildung und Entsendung von Experten verbunden sind, erfolgen nach Vereinbarung im Einzelfall.

Artikel 12

Verhältnis zu sonstigen völkerrechtlichen Übereinkünften

(1) Durch dieses Abkommen werden die in zweiseitigen oder mehrseitigen Übereinkünften enthaltenen Rechte oder Verpflichtungen der Vertragsparteien nicht berührt.

(2) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das Abkommen vom 13. Juni 1989 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Zusammenarbeit beim Kampf gegen den Missbrauch von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen und deren unerlaubten Verkehr im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine außer Kraft.

особи та про передбачувану мету їх використання. Обов'язок надання інформації не виникає, якщо у окремому випадку було прийнято рішення, що суспільні інтереси у ненаданні такої інформації переважають інтереси особи, якої це стосується, в наданні інформації. Крім того, право особи, якої це стосується, на отримання інформації щодо існуючих про неї даних, регулюється національним законодавством держави Договірної Сторони, на території якої подано заяву про надання інформації.

- f) У випадку спричинення будь-кому неправомірної шкоди у зв'язку із передачею даних на підставі цієї Угоди компетентний орган, який отримав дані, відповідно до національного законодавства своєї держави зобов'язаний відшкодувати збитки. Цей компетентний орган не може посилається перед потерпілим на те, що шкода спричинена компетентним органом, який передав дані. Якщо компетентний орган, який отримав дані, виплачує компенсацію за шкоду, заподіяну через використання неправильних або неправомірно переданих даних, то компетентний орган, який передав такі дані, відшкодовує компетентному органу, який їх отримав, повну суму виплаченої компенсації.
- g) При передачі даних компетентний орган, який їх передає, вказує передбачений національним законодавством його держави строк зберігання цих даних, по закінченню якого вони мають бути знищені. Незалежно від цього строку передані дані мають бути знищені, як тільки в них відпадає потреба для досягнення мети, з якою вони були передані.
- h) Компетентний орган, який передає дані, та компетентний орган, який дані отримує, зобов'язані вести їх облік.
- i) Компетентний орган, який передає дані, та компетентний орган, який дані отримує, зобов'язані забезпечити ефективний захист переданих даних від несанкціонованого доступу, змін або розголошення.

Стаття 10

Зустрічі експертів

Представники Договірних Сторін у разі необхідності зустрічаються для підведення підсумків за результатами співробітництва, здійсненого за цією Угодою, оцінки його якості, обговорення нових стратегій та подальшого розвитку майбутнього співробітництва.

Стаття 11

Витрати

Витрати, що пов'язані з виконанням запиту, несе Договірна Сторона, яка отримала запит. Витрати, що пов'язані з навчанням або направленням експертів, здійснюються відповідно до домовленостей Договірних Сторін в кожному окремому випадку.

Стаття 12

Відношення до інших міжнародних договорів

(1) Ця Угода не зачіпає прав та зобов'язань Договірних Сторін, що містяться в інших двосторонніх або багатосторонніх міжнародних договорах.

(2) Після набрання чинності цією Угодою у відносинах між Федеративною Республікою Німеччина та Україною втрачає силу Угода між Урядом Федеративної Республіки Німеччина та Урядом Союзу Радянських Соціалістичних Республік про співробітництво у боротьбі із зловживанням наркотичних засобів та психотропних речовин та їх незаконним обігом від 13 червня 1989 року.

(3) Die Vertragsparteien stellen fest, dass mit Inkrafttreten dieses Abkommens das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Ukraine über die Zusammenarbeit im Bereich der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, des Terrorismus und anderer Straftaten von erheblicher Bedeutung vom 6. Februar 1995 außer Kraft ist.

Artikel 13

Inkrafttreten und Geltungsdauer

(1) Dieses Abkommen tritt dreißig Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander auf diplomatischem Wege schriftlich mitgeteilt haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Das Abkommen kann von jeder Vertragspartei auf diplomatischem Wege schriftlich gekündigt werden. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Tag wirksam, an dem sie der anderen Vertragspartei zugegangen ist. Durch Vereinbarung der Vertragsparteien kann dieses Abkommen durch Zusatzprotokolle geändert oder ergänzt werden. Die Protokolle werden Bestandteil dieses Abkommens.

Geschehen zu Berlin am 30. August 2010 in zwei Urschriften, jede in deutscher und ukrainischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(3) Договірні Сторони також констатують, що з моменту набрання чинності цією Угодою втрачає чинність Угода між Урядом Федеративної Республіки Німеччина і Урядом України про співробітництво в боротьбі з організованою злочинністю, тероризмом та іншими тяжкими злочинами від 6 лютого 1995 року.

Стаття 13

Набрання чинності та період дії

(1) Ця Угода набирає чинності через тридцять днів з дати, коли Договірні Сторони письмово повідомили одна одну дипломатичними каналами про те, що всі внутрішньодержавні процедури, необхідні для набрання нею чинності, виконані. Відповідною датою є день надходження останнього повідомлення.

(2) Ця Угода укладається на невизначений строк. Угоду може бути денонсовано кожною з Договірних Сторін шляхом направлення письмового повідомлення іншій Договірній Стороні дипломатичними каналами. Дія Угоди припиняється після закінчення шести місяців з дати одержання іншою Договірною Стороною такого повідомлення. За взаємною згодою Договірних Сторін до цієї Угоди можуть вноситися зміни та доповнення, які оформлюються окремими протоколами, що складають її невід'ємну частину.

Учинено в м. Берлін 30.08.2010 року в двох примірниках, кожний німецькою та українською мовами, при цьому всі тексти є автентичними.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
За Уряд Федеративної Республіки Німеччина

Martin Biesel
Thomas de Maizière

Für das Ministerkabinett der Ukraine
За Кабінет Міністрів України

Mohyljow

**Bekanntmachung
der deutsch-amerikanischen Vereinbarung
über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen
an das Unternehmen „Sterling Medical Associates, Inc.“
(Nr. DOCPER-TC-07-15)**

Vom 5. März 2012

Nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971, die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218; 1973 II S. 1021, 1022; 1982 II S. 530, 531; 1994 II S. 2594, 2598) ist in Berlin durch Notenwechsel vom 30. November 2011 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Sterling Medical Associates, Inc.“ (Nr. DOCPER-TC-07-15) geschlossen worden. Die Vereinbarung ist nach ihrer Inkraftretensklausel

am 30. November 2011

in Kraft getreten; die deutsche Antwortnote wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 5. März 2012

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

Auswärtiges Amt

Berlin, den 30. November 2011

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika den Eingang der Verbalnote Nr. 0513 vom 30. November 2011 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika beehrt sich, dem Auswärtigen Amt unter Bezugnahme auf die Vereinbarung in der Form des Notenwechsels vom 27. März 1998 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 18. November 2009 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet der Truppenbetreuung für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika beauftragt sind, nachfolgend „die Rahmenvereinbarung“, Folgendes mitzuteilen:

Um die Mitglieder der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider im Sinne des NATO-Truppenstatuts mit Dienstleistungen versorgen zu können, hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Unternehmen Sterling Medical Associates, Inc. einen Vertrag zur Truppenbetreuung auf der Grundlage der beigefügten Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-TC-07-15 geschlossen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika würde es begrüßen, wenn dem Unternehmen Sterling Medical Associates, Inc. zur Erleichterung der Tätigkeit Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt werden könnten, und schlägt deshalb der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, eine Vereinbarung nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Das Unternehmen Sterling Medical Associates, Inc. wird im Rahmen seines Vertrags zur Truppenbetreuung für die Mitglieder der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider im Sinne des NATO-Truppenstatuts ausschließlich folgende Dienstleistungen erbringen:

Der Auftragnehmer erbringt Dienstleistungen bei der 52nd Medical Group Spangdahlem zur Unterstützung des Programms Deployment Health Assessment and Activities, einschließlich Beratung, Früherkennung, Behandlungsplanung bei gesundheitlichen Beschwerden in Zusammenhang mit Einsatzverletzungen, Aufklärung und Betreuungszugang. Dieser Vertrag umfasst die folgenden Tätigkeiten: „Physician“ und „Physician Assistant“.

2. Unter Bezugnahme auf die Rahmenvereinbarung werden diesem Unternehmen die Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt.
3. Das Unternehmen Sterling Medical Associates, Inc. wird in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich für die Mitglieder der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider tätig.
4. Nach Maßgabe der unter Nummer 5 der Rahmenvereinbarung vereinbarten Bestimmungen, insbesondere auch der Beschränkungen nach Artikel 72 Absatz 5 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, werden Arbeitnehmern des oben genannten Unternehmens, deren Tätigkeiten unter Nummer 1 aufgeführt sind, wenn sie ausschließlich für dieses Unternehmen tätig sind, die gleichen Befreiungen und Vergünstigungen gewährt wie Mitgliedern des zivilen Gefolges der Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, es sei denn, dass die Vereinigten Staaten von Amerika sie ihnen beschränken.
5. Für das Verfahren zur Gewährung dieser Befreiungen und Vergünstigungen gelten die Bestimmungen der Rahmenvereinbarung.
6. Diese Vereinbarung wird in englischer und deutscher Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.
7. Diese Vereinbarung tritt außer Kraft, wenn der Vertrag über die Erbringung der unter Nummer 1 genannten Dienstleistungen auf der Grundlage der Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-TC-07-15 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Unternehmen Sterling Medical Associates, Inc. endet. Sie tritt außerdem außer Kraft, wenn das Auswärtige Amt nicht spätestens zwei Wochen nach Ablauf der vorausgegangenen Leistungsaufforderung eine nachfolgende Leistungsaufforderung erhält. Eine Zusammenfassung dieses Vertrags mit einer Laufzeit vom 15. September 2011 bis 31. Juli 2014 (Memorandum for Record) ist dieser Vereinbarung beigelegt. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika stellt der Regierung der Bundesrepublik Deutschland eine einfache Kopie des Vertrags zur Verfügung.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika teilt dem Auswärtigen Amt die Beendigung oder Verlängerung des Vertrags unverzüglich mit.

8. Im Falle der Verletzung der Bestimmungen der Rahmenvereinbarung oder dieser Vereinbarung durch das oben genannte Unternehmen kann eine Vertragspartei dieser Vereinbarung jederzeit diese Vereinbarung nach vorhergehenden Konsultationen durch Notifikation kündigen; die Vereinbarung tritt drei Monate nach ihrer Kündigung außer Kraft. Maßgebend für die Wirksamkeit der Kündigung ist der Tag ihres Eingangs bei der anderen Vertragspartei.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den unter den Nummern 1 bis 8 gemachten Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck bringende Antwortnote des Auswärtigen Amts eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut bilden, die am 30. November 2011 in Kraft tritt.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika benutzt diesen Anlass, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.“

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, dass sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 0513 vom 30. November 2011 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, die am 30. November 2011 in Kraft tritt und deren deutscher und englischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der
Vereinigten Staaten von Amerika
Berlin

**Bekanntmachung
der deutsch-amerikanischen Vereinbarung
über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen
an das Unternehmen „Computer Sciences Corporation“
(Nr. DOCPER-AS-22-08)**

Vom 5. März 2012

Nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971, die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218; 1973 II S. 1021, 1022; 1982 II S. 530, 531; 1994 II S. 2594, 2598) ist in Berlin durch Notenwechsel vom 20. April 2011 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Computer Sciences Corporation“ (Nr. DOCPER-AS-22-08) geschlossen worden. Die Vereinbarung ist nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 20. April 2011

in Kraft getreten; die deutsche Antwortnote wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 5. März 2012

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

Auswärtiges Amt

Berlin, den 20. April 2011

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika den Eingang der Verbalnote Nr. 0164 vom 20. April 2011 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika beehrt sich, dem Auswärtigen Amt unter Bezugnahme auf die Vereinbarung in der Form des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet analytischer Tätigkeiten für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten beauftragt sind, nachfolgend „die Rahmenvereinbarung“, Folgendes mitzuteilen:

Um die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika mit Dienstleistungen versorgen zu können, hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Unternehmen Computer Sciences Corporation einen Vertrag auf Basis der beigefügten Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-AS-22-08 über die Erbringung von Analytischen Dienstleistungen geschlossen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika würde es begrüßen, wenn dem Unternehmen Computer Sciences Corporation zur Erleichterung der Tätigkeit Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt werden könnten, und schlägt deshalb der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, eine Vereinbarung nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Das Unternehmen Computer Sciences Corporation wird im Rahmen seines Vertrags zur Bereitstellung von Analytischen Dienstleistungen für die im Sinne des NATO-Truppenstatuts in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika folgende Dienstleistungen erbringen:

Der Auftragnehmer stellt operatives Fachwissen aus dem Bereich integrierte Luft- und Raketenabwehr für das Hauptquartier des U.S. European Command, den Joint Staff und die teilstreitkräfteübergreifende Organisation für den Bereich integrierte Luft- und Raketenabwehr (Joint Integrated Air and Missile Defense Organization) zur Verfügung. Er unterstützt das Europäische Kommando der US-Streitkräfte und den Joint Staff bei der Erarbeitung von Kampfeinsatzanforderungen. Dieser Vertrag umfasst die folgende Tätigkeit: „Functional Analyst“ (Anhang II Nummer 6 der Rahmenvereinbarung).

2. Unter Bezugnahme auf die Rahmenvereinbarung und nach Maßgabe der darin vereinbarten Rahmenbedingungen, insbesondere auch der Nummer 4, werden diesem Unternehmen die Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt.
3. Das Unternehmen Computer Sciences Corporation wird in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika tätig.
4. Nach Maßgabe der unter Nummer 5 der Rahmenvereinbarung vereinbarten Bestimmungen, insbesondere auch der Beschränkungen nach Artikel 72 Absatz 5 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, werden Arbeitnehmern des oben genannten Unternehmens, deren Tätigkeiten unter Nummer 1 aufgeführt sind, wenn sie ausschließlich für dieses Unternehmen tätig sind, die gleichen Befreiungen und Vergünstigungen gewährt wie Mitgliedern des zivilen Gefolges der Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, es sei denn, dass die Vereinigten Staaten von Amerika sie ihnen beschränken.
5. Für das Verfahren zur Gewährung dieser Befreiungen und Vergünstigungen gelten die Bestimmungen der Rahmenvereinbarung.
6. Diese Vereinbarung wird in englischer und deutscher Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.
7. Diese Vereinbarung tritt außer Kraft, wenn der Vertrag über die Erbringung der unter Nummer 1 genannten Dienstleistungen auf der Grundlage der Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-AS-22-08 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Unternehmen Computer Sciences Corporation endet. Sie tritt außerdem außer Kraft, wenn das Auswärtige Amt nicht spätestens zwei Wochen nach Ablauf der vorausgegangenen Leistungsaufforderung eine nachfolgende Leistungsaufforderung erhält. Eine Kopie des Vertrags mit einer Laufzeit vom 1. März 2011 bis 29. Februar 2016 ist dieser Vereinbarung beigefügt. Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika teilt dem Auswärtigen Amt die Beendigung oder Verlängerung des Vertrags unverzüglich mit.
8. Im Falle der Verletzung der Bestimmungen der Rahmenvereinbarung oder dieser Vereinbarung durch das oben genannte Unternehmen kann eine Partei dieser Vereinba-

rung jederzeit diese Vereinbarung nach vorhergehenden Konsultationen durch Notifikation kündigen; die Vereinbarung tritt drei Monate nach ihrer Kündigung außer Kraft.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den unter den Nummern 1 bis 8 gemachten Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck bringende Antwortnote des Auswärtigen Amts eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut bilden, die am 20. April 2011 in Kraft tritt.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika benutzt diesen Anlass, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.“

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, dass sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 0164 vom 20. April 2011 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, die am 20. April 2011 in Kraft tritt und deren deutscher und englischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der
Vereinigten Staaten von Amerika
Berlin

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-schweizerischen Streitkräfteaufenthaltsabkommens

Vom 23. März 2012

Nach Artikel 2 Absatz 1 Satz 2 der Verordnung vom 25. Juni 2010 zum deutsch-schweizerischen Streitkräfteaufenthaltsabkommen (BGBl. 2010 II S. 550, 551) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 13

am 17. Juni 2010

in Kraft getreten ist.

Berlin, den 23. März 2012

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz
 Postanschrift: 11015 Berlin
 Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
 Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz
 Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II
 Postanschrift: 53094 Bonn
 Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn
 Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mbh.
 Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln
 Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln
 Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln
 Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige
 Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundes-
 gesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durch-
 setzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende
 Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnements-
 bestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mbh., Postfach 10 05 34, 50445 Köln
 Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 45,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 5,10 € (4,20 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten).
 Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz
 beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mbh. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1978 über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten

Vom 27. März 2012

Das Internationale Übereinkommen von 1978 vom 7. Juli 1978 über Normen
 für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wach-
 dienst von Seeleuten (BGBl. 1982 II S. 297, 298) ist nach seinem Artikel XIV Ab-
 satz 4 für

Niederlande,	
karibischer Teil (Bonaire, Saba, St. Eustatius)	am 10. Oktober 2010
Curaçao	am 10. Oktober 2010
St. Martin (niederländischer Teil)	am 10. Oktober 2010
Palau	am 29. Dezember 2011

in Kraft getreten.

Montenegro hat am 6. Juni 2006 gegenüber der Internationalen Seeschiff-
 fahrts-Organisation als Verwahrer des Internationalen Übereinkommens
 erklärt, dass es sich mit Wirkung vom 3. Juni 2006, dem Tag seiner Unabhän-
 gigkeitserklärung, als durch das Übereinkommen gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom
 2. September 2010 (BGBl. II S. 1130).

Berlin, den 27. März 2012

Auswärtiges Amt
 Im Auftrag
 Dr. Susanne Wasum-Rainer